

Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine 2002

Gliederung:

1. Einleitung
2. Maßnahmen zur Konsolidierung reformorientierter Parteien/Fraktionen und zur Parlamentswahl
3. Maßnahmen zur Schulung von Nachwuchspolitikern
4. Maßnahmen zur Förderung der Europa-Idee und des Annäherungsprozesses an die europäisch-atlantischen Strukturen
5. Maßnahmen zum Aufbau einer Bürgergesellschaft. Förderung demokratischer Medien
6. Maßnahmen zur Förderung des ökonomischen Transformationsprozesses in Richtung einer Sozialen Marktwirtschaft
7. Stipendien
8. Partnerorganisationen
9. Veröffentlichungen



**Представництво Фонду
Конрада Аденауера в Україні**



Einleitung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist eine der großen politischen Stiftungen in Deutschland. Sie unterhält im Inland zwei Bildungszentren und 21 Bildungswerke. Die Auslandsbüros betreuen weltweit mehr als 200 Projekte in über 120 Ländern.

Der Hauptsitz ist in Sankt Augustin bei Bonn. In Berlin wurde bereits 1998 ein neues Veranstaltungshaus eröffnet und wichtige Abteilungen, wie der Bereich Internationales, ziehen 2003 nach Berlin um.

Das Wirken von Konrad Adenauer, dem ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1963, ist für die Stiftung Leitlinie, Auftrag und Verpflichtung. Sie trägt seit 1964 seinen Namen und ging aus der bereits 1956 gegründeten 'Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit' hervor.

National und international setzt sich die KAS durch politische Bildung, Dialog und Beratung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind der KAS besondere Anliegen.

Weiterhin werden wissenschaftliche Grundlagen sowie aktuelle Analysen vorausschauend für politisches Handeln erarbeitet. Ein Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft bietet die Akademie mit Sitz in Berlin.

Auf Tagungen und Kongressen werden Leute, die 'etwas zu sagen haben', zusammengebracht. Zu den mehr als 2500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr 140.000 Menschen.

Nicht nur begabte junge Menschen aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt werden ideell und materiell gefördert. Damit trägt die KAS auch zur internationalen Solidarität und Völkerverständigung bei. Enger Kontakt wird zu den ehemaligen Stipendiaten – inzwischen mehr als 6500 – gehalten.

Ausstellungen, Lesungen, Publikationen und Preise ergänzen das Angebot. Die Stiftung unterstützt künstlerischen Nachwuchs und verleiht alljährlich den renommierten KAS-Literaturpreis. Schließlich werden junge Journalisten gefördert und seit 1980 wird ein eigener Lokaljournalistenpreis vergeben. Eine neue Journalisten-Akademie wurde in diesem Jahr eingerichtet.

Die Geschichte der christlichen Demokratie erschließt und erforscht das umfangreiche Archiv für Christlich-Demokratische Politik.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert mit ihrer internationalen Arbeit weltweit politische, wirtschaftliche und soziale Ordnungen nach dem Leitbild einer freiheitlichen Demokratie und einer Sozialen Marktwirtschaft. Mit eigenen Analysen bewertet und erörtert sie unter normativen wie operativen Gesichtspunkten langfristige Entwicklungen sowie aktuelle außenpolitische Fragen. Damit übernimmt sie eine Antennenfunktion für internationale politische Entwicklungen. Internationale Netzwerke werden geknüpft, der Dialog zwischen den Weltregionen, Kulturen und Nationen gefördert und die Erfahrungen des Auslands auch für Deutschland genutzt.

In der Ukraine begleitet die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung seit 1994 den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß, dem durch ein breites Angebot von Bildungsmaßnahmen, von Publikationen, Stipendien, Studien- und Informationsprogrammen zusätzliche Impulse gegeben werden sollen. Bei den Bildungsmaßnahmen stehen die Unterstützung des Aufbaus einer Zivilgesellschaft, die Konsolidierung reformorientierter Parteien und Fraktionen der Mitte, die

Übertragbarkeit von Elementen der Sozialen Marktwirtschaft, die Schulung von Nachwuchspolitikern sowie die Förderung des Vertrauensverhältnisses zwischen Staat und Kirchen im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Annäherung der Ukraine an die euroatlantischen Strukturen. Schließlich gehört auch die Förderung unabhängiger Medien mit zur Aufgabenstellung der Außenstelle.

Die folgende Darstellung der Maßnahmen der Außenstelle Kiew im Jahr 2002 unterstreicht das Partnerprinzip der Konrad-Adenauer-Stiftung: sämtliche Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen durchgeführt. Diese sind im Anhang dieser Broschüre aufgeführt, ebenso die von der Außenstelle Kiew bisher vorgelegten Publikationen. Die Außenstelle Kiew heißt auch weiterhin alle willkommen, die an ihren Veranstaltungen interessiert sind.

Dr. Manfred Lohmann
Leiter der Außenstelle Kiew
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Maßnahmen zur Konsolidierung reformorientierter Parteien/Fraktionen und zur Parlamentswahl

Die Stützung des politischen Reformprozesses in Richtung einer pluralistischen Demokratie sowie die Stärkung demokratischer, reformorientierter Parteien sind hier an erster Stelle zu nennen. Seit 1995 wurde in Zusammenarbeit mit verschiedenen politischen Bildungsinstitutionen versucht, das zersplitterte Spektrum der Parteien der Mitte zur programmatischen Zusammenarbeit zu bewegen.

Weitere Maßnahmen 2002 konzentrierten sich auf die Parlamentswahl, das Wahlsystem und die Haushaltspolitik. Mit dem RT am 13.3. wurde den politischen Parteien vor der Wahl Gelegenheit gegeben, ihre innenpolitischen Programme vorzustellen. Mit dem Partner Werkstatt für Gesetzesinitiativen u.a. wurden die Ergebnisse der Parlamentswahl, Fälle von Wahlmanipulation, Behinderung der Medien und die Notwendigkeit eines reinen Verhältniswahlsystems diskutiert. Ohne eine Änderung des Wahlsystems können sich weder die politischen Parteien konsolidieren, noch wird sich ein verantwortliches Parlament, geschweige denn eine parlamentarische Mehrheit, die auch die Regierung benennt, ergeben können.

13. März

Rundtisch 'Parlamentswahl 2002: innenpolitische Aspekte in der Parteiprogrammatik' mit dem Rasumkow-Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien

Kurz vor der Parlamentswahl am 31. März wurde auf dem RT die Programmatik der wichtigsten politischen Parteien im Hinblick auf ihre Position zum politischen System und insbesondere zum Präsidenten vorgestellt. Alle Parteien forderten, Voraussetzungen für die Bildung einer arbeitsfähigen parlamentarischen Mehrheit zu schaffen. Konsens bestand darin, daß sowohl Parlament als auch Regierung mehr zur Rechenschaft gezogen werden sollten, wobei die Einführung von 'checks and balances' von den Vertretern der pro-präsidentiellen Parteien eher zugunsten des Staatsoberhauptes (im Rahmen des 'Volksreferendums' von 2000) verstanden wurde. Dagegen forderten die regime-kritischen Parteien eine effektivere Gewaltenteilung und direktere Verantwortlichkeit der staatlichen Organe gegenüber der Bevölkerung. In der Diskussion wurde immer wieder deutlich, daß die Mehrheit der Politiker von einem Oppositionsverständnis im westlichen Sinne noch weit entfernt ist.

Teilnehmer: 183

Presseecho

'Kiewskije wedomosti' (Kiewer Nachrichten) Tageszeitung Kiew, 03.2002

Das Dreieck der Macht

Parteien und Bündnisse diskutierten über verschiedene Regierungssysteme

Alena Hetmantschuk

Wer und wie soll die Ukraine regieren? Dieses Problem wurde auf dem Runden Tisch 'Parlamentswahl 2002: innenpolitische Aspekte in der Parteienprogrammatik', welcher vom Ukrainischen Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien (UZwpS) und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde, behandelt. Die Vertreter von neun Parteien und Bündnissen sprachen sich für die Festigung und Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaates in der Ukraine aus: sie erklärten, daß sie sich im neuen Parlament für die Errichtung eines effizienten Kontrollmechanismus der Gesellschaft über die Staatsmacht und die Sicherung der Menschenrechte einsetzen werden. Was die Regierungsform anbetrifft, ergaben sich wesentliche Differenzen zwischen den vertretenen Politikern: die Sozialdemokratische Partei (vereinigte) (SDPU), das Bündnis 'Julia Tymoschenko' und Sozialistische Partei (SPU) sind für eine präsidentiell-parlamentarische Republik; die Partei der Grünen ist für parlamentarische und die Kommunisten – für eine parlamentarisch-präsidentielle Regierungsform. Das Bündnis 'Für eine einig Ukraine' und die politische Vereinigung 'Frauen für die Zukunft' vertreten die Meinung, daß die jetzige Regierungsform beibehalten werden sollte. Gegen diesbezügliche Verfassungsänderungen war auch das Wahlbündnis 'Unsere Ukraine'. ...

'Presydentsky wisnyk' (Präsidential-Anzeiger) Kiew, 28.03.02

Im Nebel sieht man nichts

Wie kann man die Regierungsmacht gestalten?

Maria Karmasina

Das Problem einer Harmonisierung der Beziehungen im Dreieck Präsident-Regierung-Parlament sowie eventuelle Verfassungsänderungen zwecks Herstellung von konstruktiven Beziehungen zwischen der Regierung und der Opposition wurden von den Vertretern mehrerer Wahlbündnisse und Parteien diskutiert. Der Runde Tisch wurde vom Rasumkow-Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien (UZwpS) und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert.... Die Teilnehmer des Runden Tisches gingen detailliert auf das Problem der Opposition ein. Der Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung wies darauf hin, daß bei uns in der Ukraine ein für den Westen etwas ungewöhnliches Verständnis der Oppositionalität vorherrsche. In den westlichen Ländern ist sich die Regierungspartei z. B. der Tatsache immer bewußt, daß sie bereits morgen von der Opposition abgelöst werden kann. Bei uns besteht ein solches Verständnis noch nicht. Es fehlt auch das Verständnis der Rolle der Opposition in der Gesellschaft. Das wichtigste Ergebnis des Runden Tisches war die Bereitschaft der Parteien, das ukrainische Regierungssystem zu 'demokratisieren'. Aber wie? Das werden wir nach der Parlamentswahl sehen.

'Komsomolskaja prawda w Ukraine' Tageszeitung Kiew, 16.03.2002

Die parlamentarische Mehrheit sollte die Regierung stellen

Grigorij Gnatyschyn

Dieser Standpunkt wurde von der (vereinigten) Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (SDPU) auf dem Runden Tisch zum Thema 'Parlamentswahl 2002: innenpolitische Aspekte in der Parteiprogrammatik', welcher am 13. März d.J. stattfand, vertreten. Der Runde Tisch wurde vom Ukrainischen Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien (UZwpS) und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert. Das Problem der Regierungsform nach der Parlamentswahl wurde von den Vertretern der Parteien und Wahlbündnisse behandelt, welche reale Chancen haben, in das neue Parlament einzuziehen. An der Diskussion nahmen des weiteren Experten, Diplomaten und Journalisten teil. Bei der Eröffnung des Runden Tisches sagte der Präsident des UZwpS Anatoli Hryzenko, daß die jetzt im Parlament vertretenen neun Parteien wahrscheinlich auch ins neue Parlament gewählt werden. Er schlug den anwesenden Politikern vor, den Standpunkt ihrer Parteien bzw. Bündnisse zur Regierungsform darzustellen. Dabei stimmten so gut wie alle überein: die Rolle des Parlaments bzw. der parlamentarischen Mehrheit solle bei der Ernennung der Regierung verstärkt werden. Ohne Parlamentsmehrheit werde die Effizienz des Staates geschwächt – in dieser Hinsicht waren sich die KPU wie auch SDPU(o) und 'Unsere Ukraine' einig. ... Insoweit bot der Runde Tisch eine durchaus klare Vorstellung darüber, wie die Wahlakteure (Parteien und Bündnisse) zu diesem Problem stehen.

10. April

Rundtisch 'Ergebnisse der Parlamentswahl 2002: Die neue Zusammensetzung des Parlaments' mit der Interregionalen Akademie für Personalführung und der Kiewer Mohyla-Akademie

Durch die Teilnahme des fr. Außenministers und Mitinitiators des erfolgreichen Wahlbündnisses 'Nascha Ukraina' Tarasjuk erhielt der Rundtisch kurz nach der Parlamentswahl hohe Aktualität. Unter reger Teilnahme von Politikstudenten beider Akademien, die mehrheitlich in Wahlstäben verschiedener Parteien gearbeitet oder als Wahlbeobachter fungiert hatten, fand ein Erfahrungsaustausch mit Politikern, aber auch mit ukrainischen Analytikern und der KAS-Außenstelle statt. Dabei ging es nicht nur um gravierende Wahlbehinderungen, darunter Mißbrauch der 'administrativen Ressourcen', sondern auch um Unzulänglichkeiten des ukrainischen Wahlsystems.

Teilnehmer: 54

9. Juli

Presstreffen 'Die politische Lage in Deutschland und der Ukraine' mit dem Ukrainischen Journalistenverband in Kiew

Welches Wahlsystem hat Deutschland und wie können Manipulationen vermieden werden? Welche Unterschiede gibt es hier zwischen Deutschland und der Ukraine? Zu diesem Thema beantwortete Manfred Grund MdB, parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Fragen ukrainischer Journalisten vor dem Hintergrund der Parlamentswahl in der Ukraine.

Teilnehmer: 49

Presseecho

'Ukraina moloda' (Junge Ukraine) Tageszeitung Kiew, 11.07.02

Blick aus Deutschland

Diana Duzyk

... Dieser Tage weilte in Kiew – auf eine Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung – Manfred Grund, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Während des Presstreffens teilte er mit, daß er bereits Gespräche mit führenden Vertretern der Fraktion 'Nascha Ukraina' geführt hat. Herr Grund kam in die Ukraine, um die soziale und ökonomische Lage im Lande besser kennenzulernen. Er teilte u.a. mit, daß deutsche Abgeordnete sich für die Frage interessieren, warum in der ukrainischen Werchowna Rada eine parlamentarische Mehrheit nach der Parlamentswahl nicht zustande kam. Was die Beziehungen zwischen Deutschland und Ukraine betrifft, meinte Herr Grund, daß eine klare Positionierung der Ukraine fehle. Dabei sagte er auch, daß Deutschland zu sehr auf Polen und Rußland fixiert sei. Es

bestehen Defizite in der Wahrnehmung der Ukraine, wobei sie flächenmäßig das größte Land Europas stellt. Als ein konkretes Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ukraine nannte Herr Grund die geplante Bildung eines Gaskonsortiums zwischen Deutschland, Rußland und Ukraine zwecks Durchleitung des russischen Erdgases nach Westeuropa. Dabei fügte er an, daß die Öffentlichkeit über die Einzelheiten dieser Vereinbarung noch wenig informiert sei. Die Zusammenarbeit verlange aber klare und transparente Regeln. Herr Grund nahm auch an einem Runden Tisch in der Werchowna Rada teil, welcher auf Initiative der Fraktion 'Nascha Ukraina' mit Unterstützung der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für politische Bildung organisiert wurde.

'Stolyzja' (Die Hauptstadt) Wochenzeitung Kiew, 2.09.2002

Zusammenarbeit mit Deutschland

Walentyna Jurtschyschyna

... Auf einem Presstreff im ukrainischen Journalistenverband erklärte Manfred Grund MdB, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, daß es in Deutschland an Spezialisten in hochtechnologischen Bereichen mangelt. Deshalb können bestehende freie Stellen nicht belegt werden. Ein weiteres ernstes Problem für Deutschland bleibe die Alterung der Bevölkerung. In einigen Jahren werden ältere Bürger die Mehrheit der Bevölkerung stellen. ... Das Hauptanliegen der Konrad-Adenauer-Stiftung, welche den Namen des ersten Bundeskanzlers trägt, ist die Festigung der Demokratie und der europäischen Integration sowie die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Es besteht ein großes Interesse am deutschen Parteiensystem, wovon zahlreiche Anfragen an die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung zeugen. Mit Hilfe der Stiftung werden u.a. Pressegespräche organisiert, die Außenstelle in Kiew brachte auch eine Publikation 'Politische Parteien in der Demokratie' in ukrainischer Sprache heraus, in welcher das Parteiensystem in Deutschland behandelt wird. Dabei geht es nicht etwa um die Übertragung des deutschen Modells auf andere Länder. Diese Publikation soll den Dialog zwischen den Politikern fördern.

10. Juli

Rundtisch 'Bildung einer Mehrheitskoalition: ukrainische Realität und europäische Erfahrung' mit Manfred Grund MdB, parl. GF der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Parlament

Vor dem Hintergrund der Pattsituation bei der Bildung einer reformorientierten Mehrheitskoalition im ukrainischen Parlament veranstaltete die Außenstelle einen Rundtisch unter Beteiligung aller Fraktionen zur Erörterung möglicher Lösungsansätze. Als Grundlage für die Bildung einer Mehrheitskoalition diente das von der Fraktion 'Nascha Ukraina' vorgelegte Papier über interfraktionelle Zusammenarbeit, das u.a. auf die Reform des politischen Systems in Richtung einer parlamentarischen Republik, die Einführung eines reinen Verhältniswahlsystems und die direkte Wahl der Leiter der Gebietsverwaltungen zielt.

Die meisten Abgeordneten waren der Ansicht, daß die Ergebnisse der Parlamentswahl 2002 mit der Fraktionsstruktur und Besetzung der Parlamentsposten in keinem logischen Zusammenhang stünden. Da sich das Ministerkabinet auf keine Parlamentsmehrheit stützen kann, bleiben weiterhin wichtige Reformen im Lande aus. Aus der Sicht von Manfred Grund MdB führt diese Situation zu einer 'gewissen Verantwortungslosigkeit hinsichtlich der Reformen in der Ukraine'. Sozialistenchef Moros betonte, daß ohne tiefgreifende Änderungen im politischen System - v.a. ohne Einführung einer reinen Verhältniswahl - bis zur nächsten Präsidentenwahl 2004 sich nichts ändern werde.

Teilnehmer: 78

Presseecho

'Ukraina moloda' (Junge Ukraine) Kiew, 16.07.2002

Veränderungen sind notwendig. Das politische System des Landes braucht Reformen

Diana Duzyk

Die seit 1994 ausgebliebenen Reformen verhinderten auch einen Umbau des politischen Systems. Diese Meinung äußerte Roman Bessmertny MP während des Runden Tisches zum Thema 'Voraussetzungen für eine Parlamentsmehrheit: Ukrainische Realität und europäische Erfahrungen', welcher dieser Tage auf Initiative des Bündnisses 'Nascha Ukraina' mit Unterstützung der Außenstelle Kiew der Konrad Adenauer Stiftung und des Instituts für politische Reformen Kiew durchgeführt wurde. Zur Diskussion am Runden Tisch wurden alle politischen Kräfte des Ukrainischen Parlaments eingeladen. Der Einladung folgten jedoch nur die oppositionellen Kräfte und die Parlamentsgruppe 'Demokratische Initiativen'. Propräsidentielle Parteien hielten es wohl nicht für nötig, mit der Opposition in ein Gespräch zu kommen und unterbreiteten eigene Vorschläge zur Bildung der parlamentarischen Mehrheit. ... Der auf dem Runden Tisch anwesende Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion Manfred Grund äußerte seine Besorgnis über die Situation in der Ukraine: „Die Europäer fragen sich, wer denn die Ukraine seit 12 Jahren regiert. Ich bin besorgt, daß hier viel um Details und Definitionen diskutiert, aber über gemeinsames Handeln nicht gesprochen wird. Man soll die in der Gesellschaft bestehende Spaltung überwinden. Das vereinigte Europa wird an der ukrainischen Tür viel eher anklopfen, als die Ukrainer das glauben..“

11. September

Rundtisch 'Parlamentswahl 2002: Reform des Wahlsystems' mit Parlament und Werkstatt für Gesetzesinitiativen

Die Notwendigkeit eines neuen Wahlgesetzes scheint fast allen Fraktionen bewusst. Zu einer offenen Aussprache über anstehende Änderungen des Wahlgesetzes trafen sich Abgeordnete aus

fast allen Fraktionen und Experten nichtstaatlicher Forschungsinstitute. Dem Parlament liegen 8 verschiedene Reformvorschläge vor. Davon zielen 5 auf ein reines Verhältniswahlssystem ab.

Nach der Eröffnung wurde den Teilnehmern das System der modifizierten Verhältniswahl in Deutschland vorgestellt. Die von den Teilnehmern aufgeworfenen Fragen zum ukrainischen Wahlsystem reichten bis zu Detailproblemen wie organisatorische Anforderungen an ein Wahllokal. Immer wieder wurde auch die mangelnde Strafverfolgung von Wahlbetrug angesprochen. Laut Worobjow vom US-geförderten 'Elections and Political Processes Project' haben in den vergangenen Jahren viele Ukrainer das Land verlassen, von denen noch viele in den Wahllisten verzeichnet seien.

Teilnehmer: 76

Presseecho

'Holos Ukrainy' (Stimme der Ukraine) Parlamentszeitung Kiew, 13.09.2002

Ein neues Wahlgesetz kommt. Aber welches ?

Olexandr Ablizow

Ein Änderungsentwurf des Wahlgesetzes auf der Basis der Verhältniswahl wird der Werchowna Rada am 26. September 2002 vorgelegt, so Anatoli Matwijenko MP, Vorsitzender des Ausschusses für Staatsaufbau und kommunale Selbstverwaltung. Dieses erklärte er auf einem 'Runden Tisch', welcher von der 'Werkstatt für Gesetzgebungsinitiativen' in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Er rief in Erinnerung, daß ein ähnlicher Gesetzentwurf bereits am 11. September dem Parlament vorgelegt, jedoch "blockiert" wurde. Insgesamt wurden 8 Gesetzentwürfe dem Parlamentsausschuß zugeführt, wobei nur in einem Entwurf die Beibehaltung des jetzigen gemischten Systems vorgeschlagen wird.

25. Oktober

Rundtisch 'Staatshaushalt 2003' mit Parlament und Werkstatt für Gesetzesinitiativen in Kiew

Der Haushaltsexperte des Partners Moskalenko wies auf die Fragwürdigkeit der im Staatshaushalt verwendeten Zahlen hin, da kaum zuverlässige Erhebungsmethoden bestehen. Als Probleme nannte er zu hohe Ausgaben für die Ordnungskräfte, die Landwirtschaft und den Energiesektor, zu niedrig angesetzte Sozialausgaben und die Existenz von Sonderfonds. Die Diskussion konzentrierte sich auf geplante Änderungen einzelner Steuerarten. Mit einer geringeren Einkommenssteuer werden vor allem die Regionalbudgets stark belastet, weshalb dann ein höherer Ausgleich aus dem Staatshaushalt vonnöten wäre. Die Gewinnsteuer müsse auf mindestens 25% gesenkt werden.

Andererseits kommt der Privatisierung große Bedeutung zu. Dem Staat fließen bei einer Staatsbeteiligung in Höhe von 124 Mrd. Griwna jährlich nur 325 Mio. an Einnahmen zu.

Teilnehmer: 56

Maßnahmen zur Schulung von Nachwuchspolitikern

In der gegenwärtigen Umbruchphase und angesichts weitgehender Orientierungslosigkeit erscheint die Heranführung der jungen Generation an die Formen und Wertegrundlagen der Demokratie von ausschlaggebender Bedeutung für eine nachhaltige Demokratieentwicklung. Auch nach der Parlamentswahl am 31. März 2002, bei der sich ein großer Teil der Bevölkerung für die Weiterführung der Reformpolitik ausgesprochen hat, werden politische Bildung und insbesondere die Schulung von Nachwuchspolitikern als vorrangig gesehen. Dies um so mehr angesichts des fortbestehenden Mangels an demokratischen politischen Eliten. Insbesondere müssen Institutionen zur politischen Bildung aufgebaut bzw. gestützt werden.

Die Workshops und Seminare für Nachwuchspolitiker enthalten auch Plan- oder Rollenspielelemente sowie Rhetorikschulung und Argumentationstechniken.

1.- 2. Februar

Workshop ´Junge Politiker und Wahlen´ (I) mit UNKMO in Sumy (Nordukraine)

Die Workshopreihe hatte zum Ziel, im Vorfeld der Parlaments- und Kommunalwahlen die wichtigsten Parteien in der Region vorzustellen und ihre Programme zu analysieren. Ukrainische Medien hoben dabei die Tatsache positiv hervor, dass die Diskussionsatmosphäre nicht wie so häufig im politischen Alltag emotional vergiftet war, sondern klare Argumente im Vordergrund standen. Ein Vertreter der JU Sachsen, Schneider, der Stiftung und ukrainische Experten erläuterten die Struktur eines Wahlprogramms, Grundlagen des politischen Wettbewerbs in einer Demokratie, die Notwendigkeit der Mobilisierung von Jungwählern und Wahlbeobachtung für faire und transparente Wahlen.

Bei den Übungen zum ´public speaking´ traten jeweils zwei ´Spitzenkandidaten´ opponierender Parteien gegeneinander an und nahmen zum Thema Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit Stellung. Hierbei wurden Schwächen vor allem in der inhaltlichen Argumentation und der Benennung von konkreten Maßnahmen deutlich.

Insgesamt zeigte der Verlauf dieses Workshops, daß entgegen den ´nationalen Vorbildern´ junge Politiker unterschiedlicher politischer Gesinnung – vom ´Leninschen Komsomol´ (KPU) bis zum Jugendverband von KUN und NU – fair miteinander diskutieren können. Teilnehmer: 62

Presseecho

´Panorama´ Wochenzeitung Sumy, 7.02.2002

Die Jugend hat Vorfahrt

Seminar für junge Politiker in Sumy

Jewhen Kusmenko

Das Seminar, welches von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Nationalen Komitee für Jugendorganisationen (UNKMO) organisiert wurde, war der Teilnahme der Jugend an den Wahlen gewidmet. Zum Seminar versammelten sich aktive Mitglieder der politischen Jugendorganisationen aus dem Oblast Sumy sowie Vertreter der Öffentlichkeit und der Presse. Weitere Teilnehmer des Seminars waren Dr. Manfred Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und Thomas Schneider, stv. Vorsitzender der Jungen Union Sachsens. Sie berichteten über deutsche Erfahrungen bei der Mobilisierung von Jungwählern. Nach Meinung von Thomas Schneider bestehen in dieser Beziehung mehrere Möglichkeiten: politische Werbung in den Medien, verschiedene Wahlkampfaktionen, Nutzung des Internet etc. Man solle Seminare, Workshops und sonstige Maßnahmen für junge Politiker organisieren sowie sie materiell fördern. Die Teilnahme an den Wahlen als Helfer von erfahrenen Politikern wäre auch eine gute Schule für junge Politiker, so Thomas Schneider....

´Ukraina moloda´ (Junge Ukraine) Tageszeitung Kiew, 6.2.2002

„Der Glaube an den Staat ist ein Rudiment sowjetischen Denkens,“

Alla Fedoryna, Sumy

Das obige Zitat gehört Thomas Schneider, Stellv. Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Jungen Union Deutschlands, welcher dieser Tage die Ukraine zum ersten Mal besuchte. „Bis jetzt glaubt Ihr noch an den Staat, welcher angeblich alle Eure Probleme lösen wird. Wir haben uns von diesem Glauben bereits verabschiedet, denn es handelt sich um eine Selbsttäuschung. Eigene Probleme muß man selber lösen,“ fügte er hinzu. Thomas Schneider kam nach Sumy als Referent des Seminars ´Junge Politiker und Parlamentswahl 2002,“. Diese Bildungsmaßnahme wurde vom Ukrainischen Nationalen Komitee für Jugendorganisationen (UNKMO) und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert. Daran beteiligten sich ca. 50 junge Politiker aus der Region Sumy, welche z.T. für die Lokalparlamente verschiedener Ebenen kandidieren und verschiedene politische Richtungen vertreten. Das Hauptanliegen des Seminars war

aufzuzeigen, daß politische Auseinandersetzungen nicht unbedingt mittels unfairer Tricks ausgetragen werden müssen, daß in einer Diskussion Argumente und nicht 'Kompromate' zählen und ein Wettbewerb der Konzepte viel interessanter ist als unlautere Tricks....

15. - 16. Februar

Workshop 'Junge Politiker und Wahlen' (II) mit UNKMO in Jaremtscha (Westukraine)

Dieser Workshop fand vor Beginn der 'heißen Wahlkampfphase' statt. Dabei stehen die Parteien im Westen der Ukraine vor ganz anderen Voraussetzungen als im östlichen Sumy. Im Westen sind traditionell die nationaldemokratischen Parteien, allen voran *Rukh* und *PRP*, stark vertreten. Bei der Einzelvorstellung der Teilnehmer wurden die parteiübergreifenden Sympathien für den Juschtschenko-Block, ein ausgeprägter Bezug zur Heimatregion und die Notwendigkeit wirtschaftlicher Reformen deutlich. Darüber hinaus tauschten die Teilnehmer ihre Erfahrungen mit fairen und transparenten Wahlkämpfen aus.

Bei den Übungen zur Rhetorik und Vorstellung von Wahlprogrammen zu den Themen Jugendarbeitslosigkeit, Hochschulbildung und Verwaltungsreform fehlte es noch an fachlicher Kompetenz und realisierbaren Lösungsansätzen. Die jungen Politiker zeigten großes Interesse an deutschen Erfahrungen, insbesondere zu Strategien der Jungwählermobilisierung und der Sicherung einer fairen Stimmenauszählung.

Teilnehmer: 51

1. - 2. März

Workshop 'Junge Politiker und Wahlen' (III) mit UNKMO in Odessa (Südukraine)

Der dritte Workshop wurde in Odessa durchgeführt, wo zeitgleich mit der Parlamentswahl auch ein neuer Bürgermeister gewählt wird. Die Bürgermeisterwahl war für die Mehrheit das wichtigere Thema. Die Beiträge von Robert Treffny JU (Kreistagskandidat) wurden mit großem Interesse aufgenommen. Es ging dabei um den Kommunalwahlkampf in Deutschland, das Wahlsystem, Kandidatenaufstellung und Wahltechnologien.

Angesichts mangelnden politischen Engagements und fehlender parteipolitischer Traditionen in dieser Region kam es besonders darauf an, den Teilnehmern und insbesondere den Medienvertretern aufzuzeigen, welche Vorteile ein funktionierendes Parteiensystem den Kandidaten auf allen Ebenen bringt, das beispielsweise die Verantwortlichkeit der Abgeordneten vor ihren Wählern stärkt und so die Lösung bestehender politischer Probleme beschleunigt.

Bei den weiteren Diskussionen, insbesondere bei den Rhetorikübungen und der Vorstellung der Wahlprogramme (Schwerpunkte Kommunalpolitik und Verwaltungsreform), dominierten Vertreter der Grünen, die sich aufgrund der Umweltprobleme in der Schwarzmeerregion schon vor den letzten Wahlen profiliert hatten. Des Weiteren wurde die Notwendigkeit objektiver Berichterstattung im Wahlkampf hervorgehoben.

Teilnehmer: 43

15. - 16. März

Workshop 'Junge Politiker und Wahlen' (IV) mit UNKMO in Feofania bei Kiew

Zu diesem Workshop wurden – neben Kandidaten verschiedener Parteien, Vertreter ihrer Jugendorganisationen und Journalisten – auch Politikstudenten und Dozenten der Mohyla-Akademie eingeladen. Das Programm wurde um politikwissenschaftliche Beiträge zur Rolle und Aufgaben politischer Parteien und ihrer Stellung im politischen System der Ukraine erweitert. Vor diesem Hintergrund stießen die Vorträge des Mitglieds der Internationalen Kommission der JU Schley (Sinn und Zweck eines Wahlkampfes / Erfahrungen bei der Jungwählermobilisierung in Deutschland) auf großes Interesse. Die Mehrheit der Teilnehmer hatte politologische Vorkenntnisse und konnte daher über die letzten Wochen des Wahlkampfes auf fachlich hohem Niveau diskutieren sowie Empfehlungen zur Eindämmung der „administrativen Ressourcen“ während des Wahlkampfes und am Wahltag geben. Diese Empfehlungen wurden alsbald auf einschlägigen Internetseiten plazierte.

Großes Echo hatten eine Video-Präsentation und Analyse der Fernsehwerbung und -debatten im Wahlkampf. Der Vergleich unterschiedlicher Parteistrategien in den Medien veranschaulichte die vorangegangenen Beiträge. Der gelungene Workshop wurde mit prägnanten Analysen von Frau Sobolewa (NDI) und Shdanow (Partner RZ) abgerundet.

Teilnehmer: 56

22. - 23. März

Workshop 'Junge Politiker und Wahlen' (V) mit UNKMO in Tschernihiw (Nordukraine)

Die Anwesenheit weißrussischer oppositioneller Nachwuchspolitiker verlieh dem Workshop in Tschernihiw eine übernationale Atmosphäre, indem politische Erfahrungen aus ukrainischer, deutscher und weißrussischer Sicht ausgetauscht werden konnten. In der lebhaften Diskussion kam – u.a. von Vertretern der deutschen Minderheit aus Kirowograd – auch die Stellung der Minderheiten und ihre Rolle bei den Wahlen zur Sprache. Die Wahlprogramme der wichtigsten Parteien und Blöcke wurden bezüglich ihrer Aussagen zum Integrationspotential der Gesellschaft analysiert. Die Beiträge des Vertreters der JU Sachsen, Schneider, der die Entwicklung der deutschen Parteienlandschaft in den neuen Bundesländern skizzierte und Methoden der Jungwählermobilisierung ansprach, wurden mit großem Interesse aufgenommen. Wichtig war wiederum die Video-Präsentation der Fernseh-Spots politischer Parteien, anhand derer der BBC-Korrespondent und Internet-Journalist Sawenok die Wahlstrategien einzelner Parteien analysierte.
Teilnehmer: 75

Presseecho

Zeitschrift des Verbandes 'Deutsche Jugend in der Ukraine' April 2002 Kiew

Junge Politiker und Wahlen 2002

Lilija Hyrytsch

Vom 22. bis 23. März 2002 fand in Tschernihiw ein Seminar statt, welches vom Ukrainischen Nationalkomitee für Jugendorganisationen (UNKMO) und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Im Vorfeld der Parlamentswahl konnte das Thema des Seminars nicht aktueller sein: 'Junge Politiker und Wahlen 2002'. Am Seminar nahmen junge Kandidaten für Kreis- und Stadtparlamente aus der Partei 'Reformen und Ordnung', der Partei der Grünen, der Bauernpartei, dem Wahlbündnis 'Unsere Ukraine', der KPU und einigen anderen Parteien teil. Zum Seminar wurden auch Vertreter der Jugendorganisationen, Studenten und Journalisten eingeladen. "Seminare zur politischen Bildung werden in der Ukraine auch weiterhin stattfinden", sagte in seiner Eröffnungsrede Wladyslaw Synjahowsky, stv. Vorsitzender des UNKMO. Er hob hervor, daß die ukrainische Jugend zunehmend am politischen Leben des Landes aktiv teilnimmt. Der deutsche Experte Thomas Schneider von der Jungen Union Sachsen berichtete über Wahlkampfführung und politischen Wettbewerb in Deutschland....

Wochenzeitung „Tschernihwskij Wisnyk„ (Nachrichten von Tschernihiw) vom 28.03.02

Lernen, lernen und nochmals lernen

Der Name von Konrad Adenauer wurde während der Schulung von Nachwuchspolitikern Tschernihiws oft erwähnt

Konrad Adenauer war der Mitgründer eines demokratischen Rechtsstaates und der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und derer erster Bundeskanzler. Sein Name wurde oft auf dem Seminar „Junge Politiker und Wahlen 2002„ erwähnt, das in Tschernihiw mit Unterstützung des Ukrainischen Nationalkomitees für Jugendorganisationen und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung stattfand. ... Vor den Seminarteilnehmern sprachen Igor Plaschkin, Vertreter der KAS-Außenstelle Kiew, Thomas Schneider von der Jungen Union Sachsen, Viktor Taran von Radio Kontinent und bekannte Politiker und Journalisten Tschernihiws.

Wochenzeitung der Tschernihiwer Regionalorganisation SDPU(o) „Puls nedeli„ (Puls der Woche) vom 28.03.02

Junge Politiker und Wahlen 2002

Unter diesem Titel fand in Tschernihiw am 23. März ein Seminar statt, welches vom Ukrainischen Nationalkomitee für Jugendorganisationen und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Am Seminar nahmen Kandidaten für die Kommunalwahlen - Vertreter von SDPU(o), Reformen und Ordnung, KPU und anderen politischen Parteien und Jugendorganisationen - sowie Studenten, Politikwissenschaftler und Journalisten teil. Die Teilnehmer diskutierten über Besonderheiten des Wahlkampfes 2002, den politischen Wettbewerb und die Beziehungen zwischen politischen Parteien und Massenmedien im Wahlkampf....

Maßnahmen zur Förderung der Europa-Idee und des Annäherungsprozesses an die europäisch-atlantischen Strukturen

In Zusammenhang mit dem KAS-Leitthema 'Zukunft der europäischen Ordnung' und dem von Seiten der ukrainischen Staatsführung ausgedrückten Wunsch zur Annäherung an euro-atlantische Strukturen war diese Thematik mit 11 Maßnahmen ein hervorgehobener Schwerpunkt.

Hauptpartner ist das Institut für euro-atlantische Zusammenarbeit unter dem fr. Außenminister und Leiter des neuen Ausschusses für europäische Integration Tarasjuk. Dessen persönliches Engagement und die Einbeziehung der EU-Vertretung sowie mehrerer EU-Botschafter sicherten den sieben RT einen hohen Grad öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie fanden allesamt in östlichen/südlichen Regionen der Ukraine statt, wo Vorbehalte und Ressentiments gegenüber EU und NATO teilweise noch virulent sind

25. Januar

Rundtisch 'Die Ukraine und die Europäische Union: Perspektiven der Partnerschaft unter neuen geopolitischen Bedingungen' mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Shytomyr

Vor Vertretern der Regionalverwaltung, Wissenschaftlern, Journalisten und Studenten hob der fr. Außenminister Tarasjuk die Defizite in der Kenntnis über die EU und die zu erwartenden Folgen der Osterweiterung für die Ukraine hervor. Auch die Europäische Kommission müsse noch für eine breitere Informationspolitik in der Ukraine sorgen. Der belgische Botschafter Dubuissou wies darauf hin, daß die Wahl vom 31.3. als 'Test für die Europafähigkeit der Ukraine' gesehen werde. Defizite bezüglich der Europafähigkeit liegen v.a. noch in der Demokratie- und Rechtsstaatsentwicklung sowie bei den Strukturreformen. Mehrere Presseberichte spiegelten teils erhebliche Skepsis gegenüber dem Interesse der EU an der Ukraine, zeigten aber auch Defizite auf der ukrainischen Seite auf.

Teilnehmer: 97

Presseecho

'Shytomyrstschnyna moloda' (Shytomyrer Jugendzeitung) Tageszeitung Shytomyr, 31.01.02

Clement Dubuissou besuchte Shytomyr

(Eigenbericht)

Am 25. Januar 2002 fand in Shytomyr der Runde Tisch zum Thema 'Die Ukraine und Europäische Union: Perspektiven der Partnerschaft in den neuen geopolitischen Bedingungen' statt. An dieser Maßnahme nahmen der belgische Botschafter in der Ukraine Clement Dubuissou, Dr. Manfred Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und Borys Tarasjuk, Direktor des Instituts für Euroatlantische Zusammenarbeit, teil. Vor dem Beginn des RT fand ein Gespräch mit dem Chef der Oblastadministration Mykola Rudtschenko und dem Vorsitzenden des Oblast-Parlaments Archyp Wojtenko statt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist die größte politische Stiftung in Deutschland. In der Ukraine ist sie seit nunmehr 7 Jahren vertreten. Jährlich werden ca. 40 verschiedene Maßnahmen, v.a. zur Entwicklung der Zivilgesellschaft, Förderung der europäischen Integration, sozialen Partnerschaft, Sozial- und Steuerpolitik und Förderung demokratischer Medien, durchgeführt.

'Mercurij' Tageszeitung Shytomyr, 29.01.2002

Die Europäische Union ist an uns interessiert. Und wir?

W. Kipling

Am 25. Januar wurde unsere Gebietshauptstadt von mehreren hochrangigen Gästen besucht: dem früheren Außenminister und jetzigen Direktor des Instituts für euroatlantische Zusammenarbeit Borys Tarasjuk, dem belgischen Botschafter Clement Dubuissou, dem Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Manfred Lohmann und dem Berater der Delegation der Europäischen Kommission in der Ukraine Daniel Giuglaris. Am Anfang wurden die Gäste vom Chef der Staatlichen Gebietsverwaltung Mykola Rudtschenko empfangen. Danach fand der Runde Tisch zum Thema 'Die Ukraine und Europäische Union: Perspektiven der Partnerschaft in den neuen geopolitischen Bedingungen' statt. Heute sind so gut wie alle Ukrainer für einen EU-Beitritt. Jedoch ist die EU-Perspektive vorerst nur ein schöner Traum, wobei er durchaus realisierbar ist. Europa gibt uns diese Chance und der jüngste Besuch in Shytomyr ist ein Zeugnis dafür. Allem Anschein nach ist die EU an der Ukraine ernsthaft interessiert. Es ist ja kein Zufall, daß Dr. Manfred Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Shytomyr kam. Es sei daran erinnert, daß der erste Kanzler von

Nachkriegsdeutschland Konrad Adenauer die Reformen einleitete, durch welche aus einem kriegszerstörten Land eine Wirtschaftsmacht wurde. Heute trägt die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Verbesserung unserer Gesetzgebung und ihrer Harmonisierung mit dem EU-Recht bei. ...

‘Sirka nadiji’ (Stern der Hoffnung) Tageszeitung Shytomyr, 31.01.2002

Der Weg der Ukraine nach Europa soll in den Regionen beginnen

(Eigenbericht)

Am 25. Januar 2002 fand in Shytomyr der Runder Tisch zum Thema ‘Die Ukraine und Europäische Union: Perspektiven der Partnerschaft in den neuen geopolitischen Bedingungen’ statt. Die Organisatoren des Runden Tisches waren das Institut für Euroatlantische Zusammenarbeit, die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und die Interregionale Akademie für Personalmanagement. ... Botschafter Tarasjuk stellte in seiner Eröffnungsrede seine Sicht der aktuellen Entwicklungen in der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU vor. Seine Aufmerksamkeit galt insbesondere der Einbeziehung der Regionen in diesen Prozeß, denn das sei ein wichtiger Bestandteil der Integrationsstrategie der Ukraine. Dr. M. Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung, ging auf die bevorstehende EU-Osterweiterung ein. Bei der Einschätzung der Perspektiven der europäischen Integration der Ukraine hob er hervor, daß es sehr wichtig ist, daß die außenpolitische Orientierung des Landes unverändert bleibe. ...

16.-17. Mai

Seminar ‘Ukraine and Poland: contemporary level of political development’ mit der Schule für Politik-Analyse der Kiewer Mohyla-Akademie

Die Politikschule der privaten Mohyla-Akademie in Kiew hatte die Stiftung gebeten, ein Seminar mit ukrainischen und polnischen Politologiestudenten über aktuelle Fragen der polnisch-ukrainischen Beziehungen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung zu unterstützen. Es handelte sich um politisch aktive und durch gute Leistungen hervorgetretene Studenten, die die Rolle Polens beim Annäherungsprozeß der Ukraine an Europa unterstrichen sowie die Defizite in der Demokratieentwicklung, beim Rechtsstaat und Umbau der Wirtschafts- und Sozialpolitik offen miteinander diskutierten. Mitarbeiter der Außenstelle referierten über Aspekte der Bürgergesellschaft sowie der Parlamentswahlen in beiden Ländern.

Teilnehmer: 57

17. Mai

Rundtisch ‘Die Ukraine und die Europäische Union’ mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Cherson (Südukraine)

Dieser Rundtisch fand unter aktiver Beteiligung von Vertretern der Oblastverwaltung Cherson und der Pädagogischen Universität statt. Der Studentenchor sang zur Begrüßung ‘Gaudeamus Igitur’, was als Tribut an die gemeinsamen europäischen Traditionen gemeint war. Neben örtlichen Journalisten waren v.a. Wirtschaftsexperten, Dozenten und Studenten der historischen und ökonomischen Fakultäten der staatl. Universität Cherson vertreten.

Der stv. Gouverneur Zharow und Bürgermeister Saldo erläuterten die wachsende wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (TACIS-Projekte). Der Leiter der EU-Vertretung Jousten erläuterte die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses und die Anforderung an neue Beitrittskandidaten, sich auf ein ‘sharing of sovereignty’ einzustellen. Tarasjuk wies auf den Meinungsumschwung in der Bevölkerung hin: inzwischen sei eine wachsende Mehrheit deutlich für intensivere Annäherung an die EU. In der Diskussion standen Fragen der ‘außenpolitischen Wahl’ der Ukraine zwischen EU und Rußland, die Notwendigkeit, sich an europäische Standards von ‘rule of law’ und ‘democratic governance’ anzunähern sowie die Problematik der demnächst entstehenden EU-Ukraine-Grenze im Vordergrund. Es wurde verdeutlicht, daß einem verschärften Grenzregime und Problemen für den Außenhandel auch komparative Vorteile für die Ukraine wie geringere Arbeits- und Dienstleistungskosten gegenüberstehen.

Teilnehmer: 48

24. Mai

Rundtisch ‘Die Ukraine und die Europäische Union’ mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Luhansk (Ostukraine)

Die Annäherung der Ukraine an die EU im äußersten Osten der Ukraine ist nicht sonderlich populär. Während auf dem letzten Rundtisch in Cherson (Südukraine) sachlich über Chancen und Herausforderungen der EU-Annäherung diskutiert werden konnte, kam in der russifizierten Industriestadt Lugansk – mit starken Bindungen nach Rußland - nur mit Mühe ein sachlicher Dialog zustande. Wissenschaftler der ostukrainischen Universität sahen die Ukraine eher in der Rolle eines Bittstellers, welcher auf demütigende Weise an die ‘verschlossene Tür’ der EU klopfe. Auch die

zahlreichen Presseberichte hatten einen eher skeptischen Tenor. Die Luhansker Wochenzeitung 'Kurier' schrieb: „Dieser Rundtisch endete so wie zu erwarten war: Luhansk wird man nicht nach Europa integrieren können,„

Der Rundtisch zeigte, wie notwendig es ist, die EU-Thematik gerade auch im Osten der Ukraine zu diskutieren. Nur müßte man künftig noch mehr darauf achten, daß Vertreter der jüngeren Generation teilnehmen.

Teilnehmer: 42

Presseecho

Zhish Luganska' (Luhansker Leben) Tageszeitung Luhansk, 29.05.2002

Welchen Weg sollte die Ukraine in die Europäische Union gehen ?

(Eigenbericht)

"Luhansk ist kein 'Ferner Osten' der Ukraine, sondern eine wichtige Region", stellte zur Eröffnung des Runden Tisches 'Ukraine und Europäische Union' Borys Tarasjuk, Leiter des Instituts für Euroatlantische Zusammenarbeit, fest. Der Runde Tisch fand am 24. Mai in der Ostukrainischen Universität Luhansk statt. Die Teilnehmer wurden auch von Dr. Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung, begrüßt. Beide Organisationen waren auch die Organisatoren des Runden Tisches. Die Konrad-Adenauer-Stiftung nahm ihre Tätigkeit in der Ukraine vor 7 Jahren auf. Die Stiftung ist in insgesamt 100 Ländern der Welt vertreten. Sie trägt den Namen des ehemaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, welcher sich für die Wiederaufrüstung Deutschlands und die Revision der Nachkriegsgestaltung in Europa einsetzte (sic - !). In der Ukraine fördert die Adenauer-Stiftung Demokratieentwicklung, Rechtsstaatlichkeit, Wirtschaftsreformen und demokratische Medien. Interessant, daß die Erörterung der europäischen Integration der Ukraine vor dem Hintergrund der Erklärungen der ukrainischen Führung über die Absicht eines NATO-Beitritts und des Besuchs der russischen Delegation aus Rostow und Woronesch in Luhansk stattfand. ...Die Organisatoren des Runden Tisches, welche offenbar Bildungseffekte in den Vordergrund stellten, haben ihr Ziel wohl erreicht.

'Kurier' Wochenzeitung Luhansk, 29.05.2002

Deutsche zu Gast in Luhansk

Jana Ossadtschaja

Es gab zwei Deutsche: Hans-Jochen Schmidt, Gesandter-Botschaftsrat an der Deutschen Botschaft und Manfred Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung. Alle anderen waren Ukrainer: Borys Tarasjuk, der frühere Außenminister und jetzige Parlamentsabgeordnete, Pawlo Sultansky, Leiter der Verwaltung für europäische Integration des Außenministeriums, der Journalist Hlibowyzky u.a.m. Nach Luhansk hat es diese ehrwürdige Delegation verschlagen, weil man sich mit dem Thema der europäischen Integration beschäftigen wollte. Nach meiner tiefsten Überzeugung sollten solche Zusammenkünfte eher in Brüssel oder schlimmstenfalls in Kiew stattfinden. Luhansk ist eine weniger diplomatische Stadt und von solchen Problemen weit entfernt. ... Der Runde Tisch endete so, wie es auch zu erwarten war: man hat viel geredet und ist dann auseinandergegangen. Im Grunde genommen hat niemand was anderes erwartet: Luhansk wird man nicht nach Europa integrieren.

'Ukraina moloda' (Junge Ukraine) Tageszeitung Kiew, 29.05.2002

Ukraine ohne Nutzen für Europa?

Mychailo Bublyk

Der Abstand zwischen Luhansk und Brüssel beträgt nicht Kilometer, sondern Jahrzehnte. Das Institut für Euro-Atlantische Zusammenarbeit und sein Direktor Borys Tarasjuk gingen ein gewisses Risiko ein, als sie den Runde Tisch in Luhansk durchführten. Die 'rote Provinz' ist eben eine prorussische Rhetorik gewohnt, welche sich gleichzeitig gegen den Westen richtet. Die Diskussion zeigte, daß sich die Einstellung der Luhansker Professoren kaum von denen einfacher Bewohner dieser östlichen Provinz unterscheidet. Zusammen mit dem Ex-Außenminister kamen nach Luhansk Hans-Jochen Schmidt, Gesandter-Botschaftsrat an der Deutschen Botschaft und Dr. Manfred Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad Adenauer Stiftung sowie Vertreter des Außenministeriums. Wenn Herr Schmidt nicht dabei gewesen wäre, könnte man den Runde Tisch als eine reine Bildungsmaßnahme ansehen. Die beiden Deutschen hinterließen übrigens einen überaus angenehmen Eindruck. In ihren Ausführungen gab es keine Fehler oder eventuelle seltsame Äußerungen über die Geschichte oder Gegenwart der Ukraine. Man sah ihnen an, daß sie mit unserem Land gut vertraut sind. Der Botschaftsrat war der Ukraine gegenüber insgesamt sehr positiv gesonnen. Trotzdem äußerte er gewisse Kritik an der Präsidialverwaltung, welche noch keine klare Position zur EU-Integration der Ukraine an den Tag legte. ...

14. Juni

Rundtisch 'Die Ukraine und die Europäische Union' mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Odessa (Südukraine)

Einer neueren Umfrage zufolge sprechen sich zwei Drittel der Befragten in der Südukraine für einen baldigen EU-Beitritt des Landes aus. Doch konstatierte die Mehrheit der RT-Teilnehmer, daß eine graduelle Angleichung der ukrainischen Gesetzgebung an europäische Normen nur in einigen (Wirtschafts-) Feldern durchgeführt werde. Eine Annäherung an die europäischen Strukturen muß jedoch auf allen Ebenen erfolgen. Angesichts der Tatsache, dass Wirtschaftsreformen in der Ukraine nur schleppend voran gehen, fehlt es auch weiterhin an Investitionen für die dringend notwendige Modernisierung. Deshalb forderten die anwesenden Experten, Rahmenbedingungen für ein besseres Investitionsklima und EU-Exporte besonders auch in Odessa zu schaffen.

Teilnehmer: 47

2. Juli

Rundtisch 'Die Ukraine und die Europäische Union' mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Donezk

Der RT im industrialisierten und bevölkerungsstärksten Oblast Donezk stieß auf wenig Kooperationsbereitschaft von seiten der Verwaltung. Wie Tarasjuk hervorhob, steht diese Haltung in Widerspruch zu dem auch vom Präsidenten seit Mai erklärten Wunsch der Ukraine, sich in die euroatlantischen Strukturen zu integrieren.

Vertreter von Stadtrat und Universität Donezk deuteten die hier noch stark verbreitete 'linke Mentalität' als sowjetisches Denken und Orientierung nach Rußland. Die Eliten im Westen und Osten der Ukraine verfolgten einen gegensätzlichen Kurs in Bezug auf EU und NATO. Dies hänge auch mit der noch in Entwicklung begriffenen Identitätsfindung des Landes zusammen.

Tarasjuk und der deutsche Botschaftsrat Schmidt verwiesen auf die Chancen, die eine zielorientierte Umsetzung der NATO-Ukraine-Charta und des Partnerschaftsabkommens mit der EU böten. Seit dem 11. September habe Rußland die Ukraine in der Annäherung an die NATO weit überholt. Die neue NATO-Initiative Kutschmas werde im Westen kühl behandelt: hierfür seien die innenpolitische Krise seit 2000, die Defizite beim Aufbau der Bürgergesellschaft und der Zustand der ukrainischen Streitkräfte verantwortlich. Die Schaffung eines 'Europa-Bewußtseins' in der Ostukraine sei eine schwierige aber außerordentlich notwendige Aufgabe. Die junge Generation sei hierfür offener.

Teilnehmer: 38

18. Oktober

Rundtisch 'Die Ukraine im euroatlantischen Raum: Chancen und Perspektiven' mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Poltawa (Zentralukraine)

Der RT fand für Experten aus Exekutive und Legislative, Journalisten und sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten in Poltawa statt. Daß die Zukunft der Ukraine in der Europäischen Union liegt, daran ließ der Rundtisch keinen Zweifel. Das gilt sowohl aus politischer, als auch wirtschaftlicher Perspektive. Daran ändern auch Gefahren für die Konkurrenzfähigkeit ukrainischer Produkte bei einer Öffnung der EU-Grenzen nichts. Die Ukraine muß aber auf dem Weg in die EU Eigenleistungen - vor allem im Bereich der Transformation der Wirtschaftsstrukturen und der Erweiterung der kommunalen Selbstverwaltung - erbringen und darf nicht in einer Erwartungshaltung erstarren. So könnte es ihr gelingen, bis 2011 die Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen. Der Vertreter der EU-Kommission verwies auf die beiden Arbeitsschwerpunkte in der Ukraine: Implementierung des Partnerschaftsabkommens und Rechtsangleichung. Damit soll auch die Einrichtung einer Freihandelszone und der Beitritt der Ukraine zur WTO vorangetrieben werden.

Teilnehmer: 57

Presseecho

'Ukraina moloda' (Junge Ukraine) Tageszeitung Kiew, 22.10.2002

Besorgte Signale aus Europa, welche nicht alle hören wollen

Wassyl Nejschmak

Letzten Freitag fand in Poltawa ein traditioneller, bereits achter Rundtisch statt, welcher vom Institut für Euroatlantische Zusammenarbeit in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Beteiligung der regionalen Führungselite organisiert wurde. ... Trotz der Tatsache, daß am Runden Tisch die Vertreter der regionalen Verwaltung – der Oblastratsvorsitzende Wolodymyr Hryschko und der stv. Chef der Oblastverwaltung Anatoli Koslenko – teilnahmen, war der ehemalige Außenminister Tarasjuk in seinen Äußerungen ziemlich direkt. Nach seiner Meinung senden Europa und die USA ein ernstes Signal der Besorgnis an die Ukraine. Boris Tarasjuk führt die Worte von Solana an, wonach sich die Ukraine von der Europäischen Union nach und nach entferne, vor allem in Sachen der Demokratieentwicklung. ...

'Kramnyzja' (Geschäft), Wochenzeitung Poltawa, 29.10.2002

Europa immer näher?

In letzter Zeit erfreut sich das Gebiet Poltawa, eine wirtschaftlich starke und aussichtsreiche Region der Ukraine, einer erhöhten Aufmerksamkeit der Ausländer.

Oksana Sowa

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in der Ukraine seit 1994 vertreten und begleitet politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse in unserem Land. Besondere Schwerpunktthemen der Stiftung sind Verbreitung der Kenntnisse über die soziale Marktwirtschaft, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch die KMU-Förderung sowie die Annäherung der Ukraine an euroatlantische Strukturen. Zu den Aufgaben der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-

Stiftung gehört auch die Förderung unabhängiger demokratischer Medien. Das Problem der Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Frauen und Jugend, ist für die Ukraine sehr aktuell. Einer der möglichen Lösungswege liegt in der Unternehmensförderung und Ausbildung von Jungunternehmern. Diese Ziel verfolgte ein Seminar, welches von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Poltawaer Agentur für regionale Entwicklung organisiert wurde. Am Seminar nahmen über 60 Vertreterinnen der Frauen- und Jugendverbände aus Poltawa, Kiew, Dnipropetrowsk und Tscherkassy teil. In den Arbeitsgruppen wurden Businesspläne ausgearbeitet, welche dann im Plenum präsentiert wurden. Insgesamt wurden acht Projekte vorgestellt, darunter die einer Personal- und Werbeagentur, einer Anzeigenzeitung, eines Radiosenders etc. Als beste Geschäftsidee wurde die Wäscherei ausgewählt....

5. November

Rundtisch 'Probleme der Rechtsangleichung zwischen der EU und Ukraine' mit Parlamentsausschuß für europäische Integration / Werkstatt für Gesetzesinitiativen

Einer der wichtigsten Schritte auf dem Weg zur EU ist die Rechtsangleichung. Maßgebend dabei ist nach wie vor der Partnerschaftsvertrag mit der Ukraine. Die Übernahme des 'Acquis communautaire' verlangt eine Anpassung in Tausenden gesetzlicher Regelungen und Dutzenden Kapiteln, zu denen in der Ukraine häufig noch die Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Statt vieler Deklarationen sollte nun die Routinearbeit auf die Tagesordnung gesetzt werden, so Sarubinskij, Mitglied des Ausschusses für Europäische Integration. Vor welcher Arbeit die Ukraine noch steht, zeigten Beispiele aus der Erfahrung der Beitrittsländer Estland und Polen. Nach Angaben des Zentrums für Übersetzungen des Europarechts beim Justizministerium konnten wegen mangelnder Geldmittel bis jetzt lediglich 1700 Seiten von insgesamt ca. einer Million Seiten Gesetzestexte übersetzt werden.

Dr. Lucas, Experte des Ukrainian-European Policy and Legal Advice Centre (JEPLAC) wies darauf hin, daß die Angleichung keine automatische Übernahme europäischer Gesetze bedeute. Es gehe nicht nur um die Anpassung einzelner Gesetze, sondern um die Harmonisierung des gesamten Rechtssystems insbesondere in Form von Gesetzbüchern (Codices). Wichtig sei, Prioritäten zu setzen, d.h. solche Gesetzesfelder zuerst zu behandeln, die für die Ukraine von aktuellem Interesse sind, z.B. Handel, Wettbewerb, intellektuelles Eigentum. Die RT-Teilnehmer plädierten mehrheitlich für ein einheitliches Monitoring beim Parlament und Justizministerium. Viele betonten die Notwendigkeit, an Universitäten mehr Fachleute und Staatsbeamte für europäisches Recht auszubilden.

Teilnehmer: 80

Presseecho

'Juriditscheskaja praktika' (Rechtspraxis) Wochenzeitung Kiew (12.11.02)

Runder Tisch „Die EU drängt auf Angleichung„

Olga Loboda

Laut Artikel 51 des Kooperationsvertrages zwischen der Ukraine und der EU vom 14. Juli 1994 verpflichtet sich die Ukraine, das nationale Recht an die EU-Normen anzugleichen. Dieses Problem wurde auf einem 'Runden Tisch' behandelt, welcher vom Parlamentsausschuß für Europäische Integration in Zusammenarbeit mit der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und der 'Werkstatt für Gesetzgebungsinitiativen' organisiert wurde. Am Runden Tisch nahmen Parlamentsabgeordnete, Parteipolitiker, Rechts- und Wirtschaftsexperten teil. Sie behandelten die Rechtsangleichung auf verschiedenen Gebieten, v.a. im Zusammenhang mit dem Beitritt der Ukraine zur WTO. ...

6.-7. November

Workshop 'Die Osterweiterung der Europäischen Union: Folgen für die Ukraine I' mit UNKMO in Luhansk

Die Auftaktveranstaltung über die Folgen der EU-Osterweiterung für Nachwuchspolitiker fand in der Hauptstadt des östlichsten Oblastes statt. Obwohl die künftige gemeinsame Grenze mit der EU mehr als 1.400 km westlich verläuft, bestand großes Interesse an der Thematik unter den zahlreichen, meist jugendlichen Teilnehmern, darunter Studenten der Universität Luhansk bzw. politisch engagierte Mitglieder von Jugendorganisationen. Einigkeit herrschte darüber, dass sich die bevorstehende Osterweiterung positiv für die Ukraine und deren Chance auf EU-Beitrittsverhandlungen auswirken könne. Es gebe Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum und Auslandsinvestitionen. Zuvor müssen aber die Kopenhagener Kriterien erfüllt werden. Deren Anforderungen sowie die Übernahme des 'Acquis communautaire' wurden den Teilnehmern nicht nur theoretisch vermittelt, sondern an konkreten Beispielen aufgezeigt. In vielen Bereichen sind noch Veränderungen notwendig, um diesen Standard zu erreichen: besonders bezüglich der Medienfreiheit und Wirtschaftsreformen. Ein wichtiges Ergebnis des Workshops war die Einsicht, daß die Europäische Union ein Bündnis demokratischer Staaten ist, das gemeinsame Werte vertritt.

Für die Ukraine muss die europäische Integration daher mit der Einhaltung europäischer Menschenrechtsstandards beginnen.

Teilnehmer: 63

2. Dezember

Rundtisch 'Die Ukraine und die euroatlantische Zusammenarbeit' mit Institut für euroatlantische Zusammenarbeit in Sewastopol

Der 7. Rundtisch mit dem Institut fand in Sewastopol, Standort der russischen und ukrainischen Schwarzmeerflotte, statt. Zwei Themen waren bestimmend: der künftige euro-atlantische Kurs der Ukraine sowie die Zukunft der Schwarzmeerregion und der Schwarzmeerflotte.

Der deutsche Botschaftsrat Schmidt hob hervor, daß von Seiten EU und NATO ein neues Konzept für die Einbeziehung der Ukraine in den euroatlantischen Raum mittelfristig notwendig sei. Auf Fragen, warum Rumänien und Bulgarien einen schnelleren Zugang zur NATO gefunden hätten als die Ukraine, antwortete Tarasjuk, daß diese Länder nicht nur konsequenter in der Formulierung ihrer Beitrittswünsche gewesen seien, sondern auch Ihre 'Hausarbeit' besser erledigt hätten.

Weiterer Schwerpunkt des Rundtisches war der Zustand der ukrainischen Militärreform. Der fr. Verteidigungsminister Kuzmuk schilderte die Reduzierung der ukrainischen Streitkräfte in 12 Jahren um 500 000 Mann als beispielhaft auch für andere Länder. Er wies auf die Beteiligung der Ukraine bei verschiedenen NATO-Maßnahmen hin (Partnership for Peace, gemeinsame Manöver, Sprachkurse für Offiziere). Ein Experte des Strategieinstituts NISS verwies auf die chronische Unterfinanzierung der ukrainischen Streitkräfte, welche mittelfristig kaum eine Annäherung an NATO-Standards erlaube.

Teilnehmer: 59

10.-11. Dezember

Workshop 'Die Osterweiterung der europäischen Union: Folgen für die Ukraine II' mit UNKMO in Charkiw (Ostukraine)

Unter den Teilnehmern waren vor allem Studenten der Universität Charkiw und Nachwuchspolitiker aus NU und SDPU. Zunächst standen Geschichte der EU und die Kopenhagen-Kriterien im Mittelpunkt der Diskussion. In einem Brainstorming zur politischen Lage wurden Defizite bezüglich der Demokratie- und Wirtschaftsreformen sowie der Rechtsangleichung mit der EU deutlich. Immer wieder wurde von den Teilnehmern bestätigt, dass Umsetzung und Kontrolle über die Einhaltung von Gesetzen in der Ukraine noch mangelhaft ist.

Markus Pösentrup, Generalsekretär von YEPP, unterstrich das Interesse der EU an stabilen Verhältnissen in den Ländern, die an die EU grenzen. Dozenten der Akademie für staatliche Verwaltung in Charkiw stellten die sozial-politischen und wirtschaftlichen Folgen für die Ukraine dar, die aus der EU-Osterweiterung 2004 resultieren werden. Dabei wurde die Befürchtung geäußert, die Ukraine müsse sich neue Absatzmärkte suchen, da die erweiterte EU den Import von ukrainischen Produkten einschränke. Ebenso hat man Angst, dass die Ukraine verschärfte Grenzkontrollen zu Russland einführen könne, um nicht zum Sammelbecken für Flüchtlinge in die EU zu werden. Besonders im Osten der Ukraine würden dadurch auch private Kontakte, insbesondere Verwandtenbesuche, leiden.

In der Diskussion zeigte sich erneut, dass noch Stereotype bezüglich der EU bestehen. Überwiegend war man der Meinung, die EU schenke der Ukraine zu wenig Beachtung und es bestünde kein echtes Interesse an einem Beitritt der Ukraine. Von KAS-Seite gelang es jedoch, ein objektiveres Bild der EU zu vermitteln. Am Ende des Workshops bekundeten viele Teilnehmer ihre Überzeugung, dass die EU auch eine Chance für Ukraine darstellt.

Teilnehmer: 100

Maßnahmen zum Aufbau einer Bürgergesellschaft

Unter dieser Thematik sind Veranstaltungen zur Verwaltungs- und Militärreform, Rolle der ethnischen Minderheiten, Kriminalitätsbekämpfung, zum Verhältnis Staat und Kirchen sowie zur Förderung demokratischer Medien subsumiert.

Bei dem Thema Verwaltungsreform und dem Thema Militärreform handelt es sich um Themen von nationaler Bedeutung, die auch die künftige Gestaltung des politischen Systems der Ukraine betreffen und einen großen Kreis von Entscheidungsträgern aus Exekutive und Legislative ansprechen.

Die Rolle der ethnischen Minderheiten wurde in zwei Maßnahmen in Sewastopol und Tscherniwzi mit dem Informationszentrum des Europarats durchgeführt.

Sehr erfolgreich waren die beiden Workshops mit Manfred Grund MdB. Es konnten viele Informationen über Grundlagen, Funktionen und Institutionen der Bürgergesellschaft vermittelt sowie Mißverständnisse geklärt werden.

Der traditionelle RT 'Verhältnis Staat und Kirchen' mit dem Rasumkow-Zentrum kam zu dem Konsens, daß es nach wie vor an einem klaren staatsrechtlichen Status mangelt. Hierzu gab der Vortrag von Prof. Hampel neue Impulse. Man müsse die multikonfessionelle Kirchenlandschaft akzeptieren und dürfe auch staatlicherseits keine Einheitskirche propagieren. Erneut wurde die Notwendigkeit eines ökumenischen Wortes bzw. Aktionen zur drängenden sozialen Frage als Aufgabe dieses Kreises hervorgehoben.

20. März

Rundtisch 'Zum Stand der Verwaltungsreform: Transparenz und Kontrolle' mit dem Institut für strategische Studien (NISS)

Die Teilnehmer des Rundtisches (Vertreter der Exekutive, Verwaltungs- und Sozialwissenschaftler, Publizisten) diskutierten die von den NISS-Experten vorbereitete Studie zum Thema. Laut dieser Studie entspricht das gültige ukrainische Recht im Bereich der Transparenz der Staatsverwaltung im großen und ganzen internationalen Normen. Gleichzeitig sei es aber notwendig, einige Rechtsbestimmungen zu präzisieren, die den Informationsanspruch der Bürger über die Tätigkeit der Verwaltungsbehörden betreffen. Des weiteren müsse man bei den Beamten die Überzeugung stärken, daß sie für die hinreichende Versorgung der Öffentlichkeit mit Informationen über die Tätigkeit ihrer Behörden verantwortlich seien. In diesem Zusammenhang müsse man ihnen die dafür notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln sowie moderne Kommunikationsverfahren wie Anhörungen, Expertenrunden etc. zu aktuellen Fragen einsetzen. Es besteht auch Bedarf an einem transparenten Informationssystem (e-Government). Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die innere Transparenz der Staatsmacht, d.h. die Öffnung der Verwaltungsstrukturen untereinander und innerhalb einzelner Behörden. Dies würde zur Effizienz der staatlichen Verwaltung insgesamt beitragen.

Teilnehmer: 81

Presseecho

Homepage Radio Svoboda (Liberty), www.radiosvoboda.org, 20.03.02

Deutsch-ukrainischer Rundtisch über die „Transparenz„ der ukrainischen Exekutive

Bohdana Kostjuk

Kiew, den 20. März 2002

In Kiew fand ein Rundtisch zum Thema „Transparenz der ukrainischen Exekutive: Probleme und Perspektiven„ statt, der vom Nationalen Institut für Strategische Studien (NISS) und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Kein Wunder, daß dieses Thema direkt vor der Parlamentswahl auf die Tagesordnung gesetzt wurde – der Wahlkampf hat gezeigt, daß die ukrainische Exekutive noch keineswegs „sowjetische„ Merkmale eingebüßt hat und demokratischer geworden ist. Es ist allerdings kompliziert, das Thema der Transparenz der ukrainischen Exekutive anhand eines Rundtisches zu erfassen.... Das Resümé ist ziemlich deprimierend: es ist noch früh, über die Transparenz der ukrainischen Exekutive, eine normale Kommunikation zwischen Exekutive und Gesellschaft, Einhaltung der Bürgerrechte und –freiheiten in der Ukraine zu sprechen.

28. März

Presstreffen Präsentation des 'Voters Handbook' herausgegeben von Werkstatt für Gesetzesinitiativen. Kofinanzierung mit der Public Affairs Section der US-Botschaft

Das Wählerhandbuch (Auflage 5000) enthält auf 306 Seiten zunächst eine Übersicht über das politische System der Ukraine, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik einschl. der Beziehungen zu euroatlantischen Organisationen. Danach folgen Informationen über das Wahlsystem sowie die zur Parlamentswahl antretenden Parteien und Wahlblöcke einschl. ihrer Hauptkandidaten und Programme. Zielgruppe der Publikation sind vor allem Jung- und Erstwähler. Das Handbuch stieß auf großes Interesse und soll im nächsten Jahr angesichts der Präsidentenwahl 2004 aktualisiert werden. Teilnehmer: 51

Presseecho

Nachrichtenagentur UNIAN vom 28.03.2002 15:53 Uhr

Die Konrad-Adenauer-Stiftung präsentierte das Wählerhandbuch

Heute hat die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Nationalen Journalistenverband der Ukraine ein Wählerhandbuch 'Orientierungen für den Wähler – 2002' präsentiert.

Der Leiter des Projektes 'Orientierungen für den Wähler – 2002' und Vorsitzende der 'Werkstatt für Gesetzesinitiativen' Ihor Kohut teilte auf der Präsentation mit, das Wählerhandbuch beinhalte Informationen über Besonderheiten der Arbeit staatlicher Machtorgane in der Ukraine, Probleme der Innen- und Außenpolitik, Analysen der Wahlprogramme führender politischer Parteien sowie deren Vorschläge zur Lösung dringender Probleme der ukrainischen Gesellschaft. ... Die Publikation des Wählerhandbuches wurde von einer Expertengruppe der 'Werkstatt für Gesetzesinitiativen' vorbereitet und mit finanzieller Unterstützung der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Fonds für Demokratieförderung der US-Botschaft in der Ukraine in einer Auflagenhöhe von 5.000 Exemplaren herausgegeben....

31. Mai

Rundtisch 'Ukrainische Militärdoktrin und Zivilkontrolle der Streitkräfte' mit dem Rasumkow-Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien

Laut Präsidialerlaß soll die ukrainische Armee als Berufsarmee mit 250 000 Mann bis 2015 umgestaltet werden. Dies gilt jedoch v.a. aufgrund der Finanzprobleme als unrealisierbar. Vor diesem Hintergrund diskutierten Experten des Verteidigungsministeriums, verschiedener Teilstreitkräfte, des Verteidigungsausschusses, des Sicherheitsrates, des Präsidialamtes und aus verschiedenen NRO das Pro und Kontra beim Übergang zu einer Berufsarmee sowie entsprechende internationale Erfahrungen. In einer vom Partner präsentierten Analyse wurde die mangelnde öffentliche Diskussion kritisiert. Der deutsche Militärattaché Schulte erläuterte das deutsche gemischte System von Zeitberufssoldaten und Zivildienst, ferner das Konzept des 'Staatsbürgers in Uniform'. Von NRO wie dem Komitee der Soldatenmütter wurden Mißhandlungen von Rekruten in der Armee beklagt. Vom Vertreter des Ombudsmann Bilous und den meisten anderen Teilnehmern wurde die baldige Verabschiedung des Gesetzes über Zivilkontrolle der Streitkräfte angemahnt. Insgesamt herrschte Skepsis, ob der Staat angesichts der immensen Haushaltsprobleme die Mittel für die Militärreform überhaupt bereitstellen könne.

Teilnehmer: 168

Presseecho

'Serkalo nedeli' (Wochenspiegel) Wochenzeitung Kiew, 22.06.2002

Perspektiven einer professionellen Armee

Leonid Poljakow

Mychailo Paschkow

Der Staat braucht eine moderne und professionelle Armee. Es geht dabei nicht um eine Wehrpflichtarmee, welche im Grunde genommen nur die Gelder der Steuerzahler verschwendet, sondern um eine gut ausgebildete und ausgerüstete mobile Berufsarmee. Gerade um eine solche Armee ging es in einem Erlaß des Präsidenten vom Dezember 2001. Wie kann man eine solche Armee aufbauen?

Mit diesem Problem beschäftigten sich die Teilnehmer des Runden Tisches, welcher am 31. Mai d. J. vom Rasumkow-Zentrum und der Außenstelle Kiew der Konrad Adenauer Stiftung organisiert wurde. Das Thema des Runden Tisches hieß 'Übergang zu professionellen Streitkräften: Probleme und Perspektiven'. ... An der Diskussion beteiligte sich u.a. der Militärattaché der deutschen Botschaft Oberst Schulte. Er wies auf die Vorteile der allgemeinen Wehrpflicht im Vergleich zu einer Berufsarmee hin: Patriotismus, Gerechtigkeit gegenüber der Ausübung der Wehrpflicht, Vertretung in der Armee aller Bevölkerungsschichten etc. Zusammenfassend kann man sagen, daß eine Berufsarmee für die Ukraine insgesamt der allgemeinen Situation in und um die Ukraine entsprechen würde. Das Problem liegt aber in den bislang mangelnden materiellen und finanziellen Ressourcen für eine solche Armee.

19. - 20. Juni

Workshop 'Rechte der ethnischen Minderheiten in der Demokratie' (I) mit dem Informationszentrum des Europarats in Sewastopol (Krim)

Der erste Teil der Workshopserie mit dem Europarat betraf Probleme der ethnischen Minderheiten - insbesondere der Krimtataren - und Perspektiven ihrer gesellschaftlichen Integration auf der Krim.

Während in der vergangenen Legislaturperiode nur ein Tatare im Krimparlament vertreten war, sind es jetzt acht Abgeordnete, was ihrem Bevölkerungsanteil von 12% auf der Halbinsel eher gerecht wird. Zwei sind in die Werchowna Rada in Kiew gewählt worden. Trotz dieser verbesserten politischen – und damit auch wirtschaftlichen und kulturellen – Partizipation der Minderheit(en) bestehen auf der Krim weiterhin Spannungen und Vorurteile.

Vor diesem Hintergrund erläuterten Minderheitenexperten des Europarates Grundlagen und rechtliche Rahmenbedingungen des Minderheitenschutzes anhand von Fallbeispielen aus verschiedenen multi-ethnischen Ländern. Ferner wurden Vorträge engagierter Vertreter örtlicher Menschenrechtsgruppen, NRO und internationaler Organisationen (UNDP, Europarat) über Minderheiten und Medien, örtliche Fälle von Diskriminierung, lokale Selbstverwaltung und technische Hilfe diskutiert. Dabei zeigte die Diskussionsatmosphäre eine zunehmende Dialogbereitschaft der Minderheitenvertreter. Mit Hilfe eines abschließenden Rollenspiels wurde ein Grundkonsens in Richtung auf Abbau bürokratischer Hindernisse und Förderung durch staatliche Institutionen erkennbar.

Teilnehmer: 63

8. - 9. Juli

Workshop 'Grundlagen der Bürgergesellschaft' (I) mit UNKMO und Manfred Grund MdB, parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Kiew

Dieser Workshop hatte zum Ziel, Vertreter politischer Jugendorganisationen mit Grundlagen, Elementen und Institutionen der Bürgergesellschaft vertraut zu machen, sowie deren Verhältnis zum zentralistischen ukrainischen Staat zu bestimmen.

Die Bürgergesellschaft spiele die Rolle eines Gegengewichtes zum Staat, der sich allzu dominant gegenüber der Gesellschaft verhalte und den einzelnen Bürger leicht erdrücken könne, so Nemyrja, Direktor des Zentrums für europäische und internationale Studien. Ihm stimmte Grund MdB zu: „Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selber nicht schaffen kann. Etwa nur 30% der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben sollten beim Staat liegen, 70% bei der Bürgergesellschaft,„. Sowenig Staat wie möglich, soviel wie notwendig – das war das Leitmotiv des weiteren Diskussionsverlaufs. Zu den Hauptkriterien einer entwickelten Bürgergesellschaft zählen unabhängige Medien, die Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen sowie Transparenz und Kontrollierbarkeit der Exekutive.

Teilnehmer: 76

13. - 14. September

Workshop 'Rechte der ethnischen Minderheiten in der Demokratie' (II) mit dem Informationszentrum des Europarats in Tscherniwzi (Südukraine)

Die Wahl des Tagungsortes fiel mit Tscherniwzi bewusst auf eine Region, in der viele Minderheiten beheimatet sind. Laut Chubarow, Abgeordneter der Krim-Tataren, besteht seit 1992 ein Gesetz über nationale Minderheiten. Die Definition einer Minderheit ist aber vom Parlament bis heute nicht geklärt. Zuerst müsse ein Konzept zur staatlichen Minderheitenpolitik entworfen werden. Damit verbunden die Klärung der Frage: Was ist die ukrainische Nation?

Eine weitere Forderung der Minderheitenvertreter war, ihnen mehr Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme zu geben. Gleichzeitig beklagte Tatjana Pylypenko vom Staatskomitee für Minderheiten, daß von den 30 nationalen und 758 regionalen Vereinigungen kaum Vorschläge für Gesetzesänderungen eingereicht würden. Die Beziehungen zwischen den Minderheitenverbänden sind oft von Kompetenzstreitigkeiten geprägt. Es wurde empfohlen, deren Probleme und Interessen in den Programmen der demokratischen Parteien zu artikulieren.

Teilnehmer: 64

5. - 6. Oktober

Workshop 'Grundlagen der Bürgergesellschaft' (II) mit UNKMO in Lemberg/ Lwiw (Westukraine)

Der Chefredakteur des Magazins 'Ji' Wosnjak plädierte für einen föderalen Umbau der Ukraine, der nicht mit Separatismus verwechselt werden dürfe. Grund MdB erläuterte das Mobilisierungspotential der Bürgergesellschaft in der ex-DDR, ferner den Aufbau einer Volkspartei und das System der Parteienfinanzierung.

Es wurden einzelne Institutionen der Bürgergesellschaft vorgestellt: Parteien erfüllen in der Bürgergesellschaft u.a. die Funktion der Interessenaggregation und -artikulation. Fehlende Parteientradition und Rahmengesetzgebung wurden als Gründe für die schwach entwickelte ukrainische Parteienlandschaft genannt. Der von oben geplante Wechsel von einer präsidentiellen zur parlamentarischen Demokratie muß auch die Förderung der Bürgergesellschaft beinhalten.

Der KMU-Vertreter Maxymtschuk mahnte politische und wirtschaftliche Reformen an. Gründe für die mangelnde Bereitschaft von Unternehmern, sich in Verbänden zu organisieren, liegen in der Mentalität und mangelnden Erfahrungen. Weiteres Thema war die Trennung von Kirche und Staat, wie sie in der Verfassung gefordert wird. Vor allem gegen die Instrumentalisierung der Kirchen durch den Staat gelte es anzugehen.

Laut Tschornowil, NU-Abgeordneter, gehören eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für NRO, die Einführung einer effektiven kommunalen Selbstverwaltung, Zugang der Opposition zu den Medien und die Konsolidierung der Gewerkschaften zu den Kernpunkten notwendiger Reformen.

Teilnehmer: 82

21. Oktober

Rundtisch 'Die Stärkung europäischer Institutionen zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung' mit Zentrum für Rechtsreformen/Justizministerium in Kiew

Als Institutionen und Instrumente der EU zur Kriminalitätsbekämpfung schilderte Dr. von Bubnoff, Vors. Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe a.D., die Aufgabenbereiche von Europol, Olaf und Eurojust. Mit Vertretern der Justiz und der öffentlichen Verwaltung sowie der Rechtswissenschaft wurde die Abgrenzung dieser Institutionen voneinander und das Zusammenspiel mit nationalstaatlichen Institutionen diskutiert.

Bei der Schilderung von Fallbeispielen des Vors. des Ausschusses für Bekämpfung des organisierten Verbrechens und Korruption Stretowjtsch wurde deutlich, daß die Umsetzung von Gesetzen in der Ukraine ein zentrales Transformationsproblem der Justiz darstellt. Zudem hat sich herausgestellt, daß das Innenministerium Informationen über Abgeordnete sammelt. Der Sinn von provisorischen Untersuchungsausschüssen wurde infrage gestellt, da diese bisher in keinem Fall Sanktionen zur Folge gehabt hätten. Problematisch ist überdies das per Ukas begründete 'Koordinierungskomitee zur Kriminalitätsbekämpfung beim Präsidenten', das keiner Kontrolle unterliegt.

Herr Rjaboschapka, stv. Abteilungsleiter im Justizministerium, ging auf die aktive Zusammenarbeit der Ukraine mit internationalen Organisationen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität ein - insbesondere auf die Bekämpfung der Geldwäsche, die eine Bedrohung für die Sicherheit aller Staaten darstellt. Es wurde hervorgehoben, daß die Globalisierung ihren Ausdruck auch in der grenzüberschreitenden Geldwäsche kriminell erzielter Gewinnen findet. Es gibt bereits ganze Organisationen, die sich auf Geldwäsche spezialisieren. Die Summen der auf kriminellem Wege erwirtschafteten Gelder und sonstiger Vermögen, die dann in legale Wirtschaftszweige investiert werden, sind beeindruckend: nach verschiedenen Angaben werden weltweit über 600 Mrd. US-Dollar jährlich gewaschen.

Teilnehmer: 45

22. Oktober

Vortragsveranstaltung zum obigen Thema im Institut für internationale Beziehungen der Kiewer Schewtschenko-Universität

Im Rahmen der langjährigen Beziehungen der Außenstelle Kiew zum Institut für Internationale Beziehungen hatte die Institutsleitung um diesen Vortrag von Dr. von Bubnoff gebeten, an dem 76 Studenten und Dozenten der Fakultät für internationales Recht teilnahmen. Die Diskussion konzentrierte sich insbesondere auf die Mitarbeit der Ukraine in den europäischen Institutionen zur Kriminalitätsbekämpfung.

23. Oktober

Presstreffen 'Neue Initiativen der Europäischen Union zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung' mit dem Ukrainischen Journalistenverband, Dr. von Bubnoff

Der Europäische Konvent berät zur Zeit die Neuordnung der EU. Sie ist erforderlich, um die Union gegenüber den Herausforderungen der Erweiterung um 13 Beitrittsstaaten zu rüsten und funktionsfähig zu erhalten. Eine zukunftsgerichtete Ausgestaltung der Union betrifft auch existentielle Erfordernisse der Sicherung des unionsweiten Rechtsraums. Der institutionelle und instrumentelle Ausbau der Kriminalitätsbekämpfung war ein weiteres Thema des Presstreffs mit ukrainischen Journalisten.

Teilnehmer: 48

27. November

Rundtisch 'Verhältnis Staat und Kirchen: Ukrainische Kirchen in der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation' mit Rasumkow-Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien in Kiew

Die seit 1996 in Zusammenarbeit zwischen KAS, RZ, Staatskomitee für Religionsangelegenheiten und Vertretern der wichtigsten Konfessionen durchgeführten RT sind nach wie vor die seltene Gelegenheit, wo sich alle wichtigen Konfessionen zu einem offenen pluralistischen Dialog treffen. Die RT-Teilnehmer leisten insofern einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Kirchen und mit dem Staat.

Der Direktor des RZ Hrytsenko konnte in seinem 'analytischen Bericht' zwar darauf verweisen, daß die Kirchen von allen Institutionen immer noch den größten Vertrauensgrad in der Bevölkerung genießen, mußte aber gestehen, daß die ursprünglich von den Organisatoren gehegte Hoffnung zu einer aktiveren Rolle der Kirchen, trotz wachsender sozio-ökonomischer Probleme nicht erfüllt worden sei. Der Vertreter des Staatskomitees Nowitschenko erläuterte den neuen Gesetzentwurf über Religionsfreiheit, der neben dem 'Dauerthema' Rückerstattung von Kircheneigentum auch die Folgen der Sowjetzeit deutlich beim Namen nannte. In der Diskussion wurde sowohl von Kirchenvertretern als auch von den vertretenen Parlamentariern immer wieder die Notwendigkeit zur Überwindung sowjetischen Denkens und 'alter Bürokratie' angemahnt, doch nur von einzelnen Konfessionen (griechisch-unierte, röm.-kath. und ev.-luth.) dazu aufgerufen, im ökumenischen Geiste gemeinsame Aktionen zur sozialen Frage zu veranlassen.

Als von allen gemeinsam empfundene Probleme sind die Bedrohung durch neue Sekten, Mangel an Religionsunterricht und Zugang zu den Medien, Restitutionsen und die Klärung des Rechtsstatus der Kirchen zu nennen. Der Vortrag von Prof. Hampel über das Staat-Kirchen-Verhältnis in Deutschland stieß auf große Aufmerksamkeit. Insbesondere seine These, daß der Staat selber keine Werte aus sich heraus hervorrufen kann, sondern dazu auf die Vermittlung der Kirchen angewiesen sei, wurde in der Diskussion mehrfach aufgegriffen.

Teilnehmer: 116

Presseecho

'Den' (Der Tag) Tageszeitung Kiew, 29.11.2002

Mit den Augen der Statistik

Klara Gudsyk

Am vergangenen Mittwoch fand eine Sitzung des Runden Tisches 'Kirche, Staat und Gesellschaft' statt, welche vom Ukrainischen Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien (UzwpS), dem Staatskomitee für Religion und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Das UzwpS präsentierte das neuste Heft ihrer Zeitschrift 'National Security and Defence' mit Meinungsumfragen über das religiöse Leben in der Ukraine.

Die Ergebnisse der im August d.J. durchgeführten Meinungsumfrage ergeben ein Bild des 'gläubigen' (bzw. ungläubigen) Ukrainers. Diese Ergebnisse mögen etwas unerwartet ausgefallen sein und manchen Mythos aus der Welt geschafft haben. Nachstehend seien einige Zahlen genannt, welche diese Behauptung belegen.

68,8% der Ukrainer halten sich für orthodoxe Christen; 6,9% – für griechisch-katholisch; 2,2 – für protestantisch; 0,8% – für römisch-katholisch und 0,7% – für Moslems. 6,4% der Befragten erklärten, sie seien "einfach Christen". Unter den Gläubigen dominieren Frauen im Alter über 50 Jahre, ländliche Bevölkerung und Einwohner von Kleinstädten, insbesondere in der Westukraine. Die Kirche genießt nach wie vor das größte Vertrauen der Bürger (61,2%), während dem Staatspräsidenten 7,1%, dem Parlament 5,2% und der Regierung 6,9% vertrauen. ... Insgesamt ergibt die Studie ein durchaus erfreuliches Bild: der durchschnittliche Ukrainer ist tolerant, hat einen kritischen Blick auf die kirchlichen Hierarchen, ist kein Frömmeler, stellt gewisse Forderungen an die Kirche und verwechselt Politik und Religion nicht.

Förderung demokratischer Medien

Der Aufbau demokratischer Medien ist im gegenwärtigen Transformationsprozeß, welcher bei der Bevölkerung mehrheitlich auf Resignation und Unverständnis stößt, von großer Wichtigkeit. Inhaltliche Schwerpunkte werden auf die Medienfreiheit, die professionelle Ausbildung als Journalist, auf die Wechselbeziehungen zwischen Journalist und Politiker in der Demokratie, auf Medienrecht und -ethik gelegt.

Seit 1995 besteht eine Zusammenarbeit mit dem führenden Institut für Journalismus (Kiew) im Bereich Journalistenausbildung. Unterstützt wird auch das neu eingeführte Fach Medien– bzw. Verlagsmanagement. Ergänzt wird dieser Bereich durch Kurzstipendien beim F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH Frankfurt.

Diese Thematik (als Teilbereich der Bürgergesellschaft) wurde 2002 in Zusammenhang mit der Parlamentswahl, einem Studienprogramm für Journalisten und Journalistik-Dozenten in Berlin, mit dem Europäischen Medieninstitut zum Thema 'Grenzüberschreitende Medien im Rahmen der GUS' sowie mit der jährlichen Vorlesungsreihe am Institut für Journalistik und der Reihe 'Rolle der Regionalmedien beim Aufbau der Bürgergesellschaft' behandelt.

21. - 22. Februar

Workshop 'Medien und Wahlen' mit Informationsbüro des Europarates in Donezk (Ostukraine)

Der Workshop hatte zum Ziel, die Teilnehmer (Nachwuchspolitiker und –journalisten, Vertreter von Bürgerinitiativen aus der Region Donezk) mit europäischen Standards zur Presse- und Meinungsfreiheit vertraut zu machen, die Medienlandschaft in der Region und Methoden objektiver Berichterstattung im Wahlkampf zu erörtern.

Die Situation der Medien im Raum Donezk ist besonders schwierig: Hauptprobleme sind die Gängelung der Journalisten von seiten der Verleger und Behörden bei der Berichterstattung über politische Parteien im Vorfeld der Wahlen. Hierzu gab es eine Reihe von Beispielen und ein vorbildlich vorbereitetes Rollenspiel. Es wurden Möglichkeiten der rechtlichen Absicherung der Journalisten diskutiert und Kontaktadressen vermittelt. Ferner wurden von den Teilnehmern die wesentlichen Funktionen der Medien (und Wahlen) in einer Demokratie, ihr Verständnis von Macht und unabhängigem Journalismus erarbeitet.

Teilnehmer: 57

Presseecho

'Salon' Wochenzeitung Donezk, 22.02.2002

Die Pressefreiheit in der Ukraine ist nicht nur für die Ukrainer wichtig

Dmitrij Kurdow

Gestern begann in Donezk ein Seminar, welches vom Informationsbüro des Europarates und der Außenstelle Kiew der Konrad Adenauer Stiftung organisiert wurde. Zu den wichtigen Zielsetzungen des Seminars gehörte u.a. die Diskussion darüber, wo die Grenzen der journalistischen Freiheit liegen, so Olexandr Pawlytschenko, Leiter des Büros des Europarates. Die Seminarteilnehmer bemängelten die Tatsache, daß sowohl der Staat als auch die Medien die festgelegten Spielregeln oft verletzen. Anatolij Jakowez vom Staatskomitee für Information erklärte, daß sich die Gesellschaft wie auch die Medien leider an eine Simulation von Pressefreiheit gewöhnten und die Meinungsfreiheit einfach vortäuschen. Die Presseattaché der deutschen Botschaft in der Ukraine Sabine Stöhr, welche am Seminar teilnahm, erklärte, daß sie im großen und ganzen eine objektive Berichterstattung in ukrainischen Medien nicht feststellen könne. Nach ihrer Meinung werde die Situation mit dem Wahlgesetz ad absurdum geführt: „Einige stufen beliebige politische Berichterstattung als politische Agitation ein, ...“

14. - 21. April

Studien- und Informationsprogramm für 15 Journalisten in Berlin

Unter den Teilnehmern waren der Direktor und Dozenten des Instituts für Journalistik in Kiew sowie prominente Moderatoren und Redakteure. Aktueller Hintergrund waren die Parlaments- und Kommunalwahlen in der Ukraine vom 31. März sowie der Bundestagswahlkampf in Deutschland. Thematische Schwerpunkte waren die deutsche Medienlandschaft und insbesondere das duale Rundfunk- und Fernsehsystem. Ausführlich wurde mit deutschen Fachleuten die Sicherung der Unabhängigkeit der Medien durch ein geregeltes Gebührensystem, Lizenzierung, Programmaufsicht und Frequenzenvergabe sowie die Bedeutung der Recherche für Qualitätsjournalismus erörtert. Die

Darstellung des Verhältnisses zwischen Politikern und Medien in Deutschland und der Besuch einer Sitzung der Bundespressekonferenz zeigten den ukrainischen Gästen anschaulich den Kontrast zur Situation in der Ukraine.

Von besonderem Interesse waren Redaktionsbesuche bei deutschen Medien (PRO7/SAT1, ZDF, Deutsche Welle, Spiegel, Axel-Springer-Verlag). Das Programm hat den ukrainischen Journalisten einerseits einen wichtigen Einblick in die freie Medienverfassung der Bundesrepublik gegeben, andererseits auch zur Verdichtung des Mediennetzwerks der Außenstelle beigetragen.

Presseecho

Ukraina moloda´ (Junge Ukraine) Tageszeitung Kiew, 13.08.2002

Die Mauer

Vor 41 Jahren begann der Bau der Berliner Mauer

Diana Duzyk

Auf einem Überrest der Berliner Mauer kann man noch ein Bild sehen, auf welchem sich Breschnew und Honnecker küssen und eine Unterschrift darunter: "Mein Gott. Hilf mir, diese Tödliche Liebe zu überleben!" Von diesen Menschen hing seinerzeit das Schicksal von zwei großen Völkern ab. Es wird einem unheimlich davon, welche schreckliche Geschichte sich hinter diesem Satz verbirgt. Am 13. August 1961 begann der Bau der Berliner Mauer, welche eine neue Etappe in der Geschichte des deutschen, und nicht nur des deutschen Volkes, einleitete. Die Sowjetunion hatte da auch ihre Hände im Spiel. Gerade in Moskau fiel diese Entscheidung, welche das Leben von vielen Menschen zerstörte.

"Die Berliner Mauer symbolisierte die Spaltung zwischen Ost und West, zwischen zwei Machtblöcken, zwischen Unfreiheit und Demokratie. Sie erscheint heute lediglich als ein Zeugnis der Geschichte. Der Traum von der Einheit ist für die Deutschen Wirklichkeit geworden und der Traum von einem vereinigten Europa ist der Verwirklichung näher denn je", so Dietrich Stüdemann, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine. "Ich frage mich jedoch, ob diese Mauer wirklich verschwunden ist, ob sie nicht etwa in den Köpfen der Menschen noch besteht. Ich bin jedoch tief überzeugt, daß heute in Deutschland und in Europa die Vereinigungsprozesse Oberhand gewinnen. Wir müssen aber auch weiterhin für gegenseitige Verständigung, für Überwindung der althergebrachten Vorurteile arbeiten und uns für unsere gemeinsame Zukunft einsetzen"....

VIP Online-Zeitung, Kiew 24.04.2002

Ordnung in der Staatsmacht: Wie heißt das auf Deutsch?

Wachtang Kipiani

Die Gespräche über die Mängel der Demokratie werden seit Jahrhunderten geführt. Die Menschheit konnte jedoch noch nichts besseres erfinden. Das junge politische System in der Ukraine weist bekanntlich auch einige Mängel auf, welche man am besten aus der Weite sieht, z.B. aus Berlin. ... Ein starkes Parlament, welches die Regierung bildet und kontrolliert, ist das wichtigste Element des deutschen politischen Systems. Bekanntlich sind sowohl Medien wie auch Gerichte unabhängig und es würde niemandem einfallen, sie unter Druck zu setzen. Das Land durchläuft einen komplizierten Prozeß der inneren Einheit und man könnte ja um mehr Zuständigkeiten bei den Wählern bitten, für die Übergangszeit sozusagen. Es würde aber niemandem in den Kopf kommen, die Zuständigkeiten der ´Gewaltzweige´ umzuverteilen. Der Bundespräsident ist übrigens eher eine symbolische Figur. Er darf z. B. den Sitzungssaal nicht betreten und muß sich mit einem Platz in der Diplomaten- und Presseloge begnügen, damit er die Gesetzgebung nicht beeinflussen kann.

„Segodnja„ (Heute, Tageszeitung Kiew, 08.05.02)

Jetzt kann man dort seine Andacht verrichten

Viktor Schlintschak

(Kiew – Berlin – Kiew)

Interessant, wie wäre die Reaktion unserer Parlamentsabgeordneten, wenn an den Wänden der Werchowna Rada an exponierten Stellen die Slogans von der Art wie „Die Ukraine ist ein Teil Deutschlands„ oder Hakenkreuzfragmente und Inschriften wie „Herr Wolfgang ist bis nach Kiew gekommen„ prangen würden? Das Deutsche Bundestag ist in dieser Hinsicht ein Spiegel der Demokratie. Die Inschriften wie „Kiew„ „Wir haben's erreicht„ und unzählige Autogramme, die im weit zurückliegenden Jahr 1945 mit den Stiefelabsätzen der Soldaten gemacht wurden, werden behutsam erhalten und wurden wie Geschichtsdenkmäler behandelt...

Heutzutage kostet es einem einfachen Bundesbürger keine besondere Mühe, ins Reichstagsgebäude zu gelangen. Es ist von 8 Uhr morgens bis 24 Uhr abends für alle Interessenten geöffnet. Die Menschenkette am Zentralportal in den frühen Morgenstunden erinnert an die Schlange zum Lenin- Mausoleum zu Sowjetzeiten. Woher kommt so ein Wunsch? Wie Dr. Lohmann, Leiter der Vertretung der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine dem „SEGODNJA„- Korrespondenten gegenüber erklärte, „beginnt die Demokratie mit der Transparenz der Macht. Jeder Bundesbürger hat das volle Recht zu wissen, was und wie die Regierung und Verwaltung für die Menschen tut„. Was auch die auf der Gebäudehauptfront angebrachte Inschrift – „Dem deutschen Volke„ – rechtfertigt. ...

Ukraina Moloda (Junge Ukraina, Tageszeitung, 04.05.02)

Die Medien erwachen zu den Wahlen

Diana Duzyk

Die deutschen Abgeordneten haben beschlossen, den Parteien zu verbieten, Kapitalanteile bei den Medien zu besitzen, um auf diese Weise den politischen Einfluß auf die „vierte Gewalt„ zu vermeiden. Diese Frage wurde im Deutschen Bundestag Anfang April diskutiert. Und es handelt sich dabei gar nicht um Parteipresse (die Deutschen sind der Meinung, daß Parteipresse inzwischen ihren Einfluß eingebüßt hat). Es geht um zentrale Fernsehkanäle, Rundfunk und Zeitungen. Es ist schon bemerkenswert, daß es während der Wahlkampagne passiert, die mittlerweile in Deutschland begann. Es ist offenbar, daß neben dem Wunsch, Demokratie zu stärken und Journalisten mehr Möglichkeiten für „Freistilschwimmen„ zu gewähren, auch gewisse politische Interessen dahinter stehen. Und die ukrainischen Journalisten, die zu der Zeit auf Einladung der

Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin weilten, schmunzelten, als Dr. Norbert Lammert, kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, von dem Wunsch sprach, daß alle Parteien über ihre „Medienkapital,-Anteile Bericht erstatten, und dabei insbesondere die Notwendigkeit eines diesbezüglichen Berichts seitens der Sozialdemokraten hervorhob. ...

Ukrainska Pravda (Ukrainische Wahrheit, Internet-Zeitung 03.05.02)

Zum Internationalen Pressetag. Deutsches Beispiel für die Ukraine

Turchak Natalija

In Deutschland wird folgendes Prinzip klar und ausnahmslos befolgt: der demokratische Staat arbeitet separat von Massenmedien. Und es wäre denen zu erklären, was ein Medien- Sprachrohr von dieser oder jener Partei (ohne mit dem Finger auf jemanden bestimmten zu weisen), oder eine plötzliche und rein zufällige Prüfung seitens der Steuerbehörde ist, die damit endet, daß die Edition aus dem Informationsraum verschwindet.

Das deutsche Grundgesetz garantiert im Artikel 5 die Rede- und Pressefreiheit, sowie das Recht auf den Zugang zu Informationen aus öffentlichen Quellen. Es gibt keine Zensur. Ein bescheidener Mitarbeiter aus dem Bereich der ukrainischen Massenmedien kann davon nur träumen. Im gleichen Grundgesetzartikel, der für die Tätigkeit der Massenmedien in Deutschland als „Vaterunser„ gilt, heißt es, daß „jeder das Recht hat, seine Meinung in Wort, Bild zu äußern und sie frei zu verbreiten [...]. Jeder hat das Recht, Informationen aus öffentlichen Quellen ungehindert zu beziehen„. Laut diesen Bestimmungen gibt es keine staatliche Kontrolle über Massenmedien und es darf keine geben. In Bezug auf Rundfunk und Fernsehen ist die Situation noch interessanter. In Deutschland gehören diese beiden Massenmedien zusammen. Deutschland hat 16 Bundesländer und jedes von ihnen hat eine eigene Rundfunkanstalt. Das ist, natürlich zwar recht teuer, dafür aber sehr effektiv. Genauso ist es mit den Fernsehanstalten, die gewöhnlich die Rolle der anspruchsvollen Regionalzeitungen übernehmen. ...

Sicherlich kann das Beispiel der Arbeit von Massenmedien Deutschlands für die ukrainischen Journalisten fast wie ein Paradies auf Erden erscheinen. Deutscherseits gab es berechtigtes Befremden, als die Kollegen aus der Ukraine Fragen von der Art stellten, ob es Fälle gab, daß diese oder jene Zeitung wegen kritischer, gegen Bundeskanzler Schröder gerichteter Artikel geschlossen wurde, ob Fernsehkanäle berühmte französische oder sogar amerikanische Stars mit dem Ziel der Popularisierung des eigenen Produkts einladen, ob die deutschen Sozialdemokraten eine eigene Zeitung haben usw. Des eigenen Leumunds wegen haben die ukrainischen Journalisten kein Gespräch zum Thema „schwarze PR„ (fingierte Nachrichten, bestellte verleumderische Artikel u.ä.) angefangen. ...

‘Wysoky Samok’ Tageszeitung Lwiw (Lemberg), 8.05.02

Ukrainische Journalisten in Deutschland:

Sieben Tage im Lande rätselhafter Hotels und liberaler Gesetze

Dmytro Synjak

Berlin begrüßte uns mit rein Lwiwer Wetter: grauer Himmel und Dauerregen. Am Anfang erinnerte mich Berlin etwas an Lwiw, nur sauberer und gepflegter.

Eine Delegation ukrainischer Journalisten besuchte Deutschland auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die pragmatischen Deutschen haben eingesehen, daß es viel günstiger ist, die Demokratieentwicklung in den Nachbarländern zu fördern, als die Folgen von möglichen negativen Entwicklungen in diesen Ländern zu neutralisieren. Denn sollte in der Ukraine eine politische oder wirtschaftliche Krise entstehen, würde davon ganz Europa auf diese oder jene Weise betroffen sein. Die Experten der Konrad-Adenauer-Stiftung machten uns mit der Tätigkeit der deutschen Medien, mit ihren Beziehungen zur Regierung und insgesamt mit der Situation um die Meinungsfreiheit vertraut. Darüber werde ich etwas später berichten, zu Anfang möchte ich einige Eindrücke aus der deutschen Hauptstadt schildern.

Ich kam aus dem Erstaunen nicht heraus. Das Hotel ‘Berlin’, in welches wir einquartiert wurden, erinnerte von außen eher an ein Studentenheim. Kaum betrat man die Hotelhalle, fand man sich aber in einem richtigen Palast vor: überall Teppiche, Glanz und Spiegel in vergoldeten Rahmen. Abends spielte im Restaurant Klavier und zuvorkommende Kellner schenkten den Gästen Wein nach. Das Hotelzimmer war geräumig und luxuriös ausgestattet. Es gab sogar einen elektrischen Herd, aber einen Teekessel konnte ich nicht finden. ...

‘Ukraina moloda’ (Junge Ukraine) Tageszeitung Kiew, 25.04.02

Stoiber gegen Schröder

Sind die Deutschen mit ihren Sozialdemokraten enttäuscht ?

Diana Duzyk

Im Vergleich zu den ukrainischen Wahlen sieht der Wahlkampf in Deutschland eher ruhig und ausgeglichen aus. Man merkt wenigstens nichts von den Schlammschlachten, wie sie in der Ukraine üblich sind. Es kommt zwar hin und wieder zu Skandalen, aber sie sind anders geartet, als bei uns. ... Der Wahlkampf läuft erst an, die Bundestagswahlen werden erst am 22. September stattfinden. Viele Deutsche vertreten die Meinung, daß sie keinen Erfolg für die Sozialdemokraten bringen werden: die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr hoch, die Frage der Einwanderung fand keine genügende Regelung, etc. Der Gegenkandidat und Ministerpräsident von Bayern, Stoiber, kann da mit Erfolgen aufwarten, welche in diesem Bundesland unter seiner Regie erzielt wurden. Hinzu kommt, daß die jüngste Landtagswahl in Sachsen-Anhalt für die SPD unerfreulich ausging: die Konkurrenzpartei CDU war eindeutig vorne und die Sozialdemokraten mußten den zweiten Platz mit der PDS teilen. Zwar kann die Landtagswahl nicht für das ganze Land gelten, aber die Meinungsumfragen fallen derzeit für die CDU aus. Die Parlamentswahl in der Ukraine und später in der Bundesrepublik brachten eine gewisse Flaute in die deutsch-ukrainischen Beziehungen. Eine Belebung kann erst nach der Bundestagswahl kommen. Bislang wurde der Besuch des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse in Kiew im Juni geplant, so der ukrainische Botschafter Anatolij Ponomarenko.

Wysokyj samok’ (Hohes Schloß) Wochenzeitung Lwiw, 6.-12.6.2002

Eine Sekretärin auf zwei Abgeordnete

Dmytro Synjak

Eine Delegation der ukrainischen Journalisten, welche auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung nach Berlin kam, wurde in den Deutschen Bundestag geführt. Ich muß offen gestehen, daß das Reichstagsgebäude in meinem Verständnis eng mit dem zweiten Weltkrieg verknüpft ist. Man denkt an die Sowjetsoldaten, welche im Mai 1945 die Siegesfahne auf der Kuppel

des Reichstags hißten. Die Sowjetsoldaten haben damals ihre Spuren beinahe an allen Wänden hinterlassen. Heute sind es noch kaum lesbare blasse Inschriften in einem der Gänge des deutschen Parlaments. Eine der Parteien schlägt vor, auch diese Inschriften zu übermalen. Man habe ja genug bezahlt für die Verbrechen der Vergangenheit... Es war interessant; Vergleiche zwischen Deutschland und Ukraine anzustellen. Man kann sich jedenfalls schwer vorstellen, daß man vor dem Reichstagsgebäude mit den Losungen "Eine Sprache, eine Nation, eine Kirche" demonstrieren würde. In der Zeit der Balkankrise hat Deutschland so viele Flüchtlinge aufgenommen, wie alle anderen europäischen Staaten zusammengenommen. Und die Katholiken haben sich mit den Protestanten schon seit langem versöhnt.

7. - 8. Juni

Workshop 'Internetjournalismus in der Ukraine' mit UNKMO in Kiew

Vor dem Hintergrund starker Medienkontrolle seitens des Staates bzw. finanzstarker Oligarchen bietet das Internet eine noch relativ freie Nische für objektive Berichterstattung und Meinungsaustausch. Trotz noch geringer Zahl von Nutzern entwickelt sich Internet-Journalismus in raschem Tempo. Informationsfreiheit, interaktive Verbindung mit Lesern, laufendes Update und nicht zuletzt geringe Kosten für Gründung und Unterhalt steigern die Attraktivität von online-Angeboten.

Da der Rechtsstatus von Internet-Medien noch nicht geregelt ist, werden diese oft noch nicht als 'offizielle' Informationsquellen anerkannt. Daher kann z.B. ein Internet-Journalist gerichtlich nicht angeklagt und online-Zeitungen für 'Informationswäsche' genutzt werden. Nach Einschätzung von Experten wird dieses Medium auch in der politischen Auseinandersetzung immer stärker genutzt. Viele Parteien haben bereits Internet-Seiten und versuchen damit die Wählerschaft anzusprechen.

Daniel Walther, medienpolitischer Sprecher der JU, schilderte Probleme, Chancen und Gefahren des online-Journalismus in Deutschland. Zu den Gefährdungen, die Internet mit sich bringen kann, gehören die Verbreitung illegaler Informationen, wie z.B. Waffen- und Drogenhandel, Pornographie, worüber recht kontrovers diskutiert wurde.

Der Workshop war einer der ersten zum obigen Thema in der Ukraine überhaupt. Er versammelte Vertreter der renommiertesten Online-Zeitungen. Zu seinen wichtigsten Ergebnissen gehört die Einsicht, daß man notwendige Maßnahmen wie die Änderung des Informationsgesetzes ergreifen müsse, um die Glaubwürdigkeit der Online-Informationen zu erhöhen. Experten und Teilnehmer äußerten den Wunsch, einen ähnlichen Workshop auch im nächsten Jahr durchzuführen und eine Vereinigung der Internet-Journalisten zu gründen.

Teilnehmer: 62

Presseecho

Region – Online, Online-Zeitung Kiew, 13.06.2002

Internet ist keine Massenware?

Natalia Sokolowa

Vom 7. bis 8. Juni fand in der ukrainischen Hauptstadt ein Seminar über das Thema 'Internet-Journalismus in der Ukraine: Durchbruch in die Meinungsfreiheit?' statt. Es wurde von der Konrad Adenauer Stiftung, einer renommierten Organisation für Förderung der Demokratie und der europäischen Integration, vertreten durch den Leiter der Außenstelle Kiew Dr. Lohmann, organisiert und gesponsert. Zum Seminar kamen junge Journalisten und Medienexperten aus allen Regionen der Ukraine. Das Thema der Meinungsfreiheit bildete das Kernstück des Seminars. Die deutschen Experten berichteten über die Internet-Situation in Deutschland. Sie hatten vor, ukrainische Teilnehmer über die neusten Entwicklungen der Medienlandschaft im globalen Netz zu unterrichten, doch hörten sich zugleich mit großer Aufmerksamkeit die Besonderheiten der ukrainischen Online-Journalistik an. Daniel Walther, ein Vertreter der Jungen Union Deutschlands, berichtete über die Medienlandschaft und die Lage der Online-Journalistik in Deutschland. Es stellte sich heraus, daß der wesentliche Unterschied mit zur Ukraine nur darin besteht, daß bei uns das Internet etwas später Einzug hielt als in Deutschland. ... Man möchte die Rolle der Organisatoren des Seminars bei der Konsolidierung der ukrainischen Online-Journalistik hervorheben, wofür ihnen unser herzlicher Dank gilt.

17. - 18. Juni

Konferenz 'Transfrontier Media in the CIS – Chances and Perils' mit dem Europäischen Medieninstitut

Diese internationale Konferenz, an der Journalisten und Medienexperten aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, Vertreter internationaler Medien-NRO und der ukrainischen Exekutive teilnahmen, hatte sowohl die Gefahren als auch das Potential grenzübergreifender Medien zum Thema. Den Medien kommt bei der Entwicklung eines Nationalbewußtseins in der Bevölkerung und dem Aufbau einer Bürgergesellschaft in den GUS-Staaten eine Schlüsselrolle zu. Dabei dominieren grenzübergreifend russische Medien, die indirekt dazu beitragen, den Einfluß Rußlands auch nach dem Zerfall der Sowjetunion in dieser Region aufrechtzuerhalten.

Vor diesem Hintergrund wurden Grundlagen der nationalen Identitätsfindung der GUS-Staaten diskutiert und eine Bilanz der vergangenen 12 Jahre gezogen. Ferner wurden von Medienexperten

europäische Rahmenbedingungen und rechtliche Grundlagen für grenzübergreifende Medien vorgestellt und diese im Hinblick auf die Medienlandschaft und Gesetze des jeweiligen Landes erörtert. Die Teilnehmer stellten übereinstimmend fest, daß mit Einführung und Förderung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystems die Informations- und Bildungsfunktion der Medien besser gewährleistet werden und die Gesellschaft sich eher demokratisch entwickeln könne.
Teilnehmer: 111

Presseecho

‘Telekritika’, Online-Zeitung Kiew, 19.06.02

In Kiew fand eine Konferenz ‘Transfrontier Media in the CIS – Chances and Perils’ statt. Demokratie als Diktatur der Details

Serhij Tschernenko

Die Konferenz wurde vom Europäischen Medieninstitut, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Unabhängigen Assoziation der Rundfunkanstalten organisiert. Diese Organisationen sind bereits seit langer Zeit bemüht der Öffentlichkeit nahezu legen, daß es wichtig ist, ukrainische Gesetze im Medienbereich an europäische Standards anzupassen. Unter diesem Gesichtspunkt war die Konferenz ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung. An der Konferenz nahm ein breiter Kreis von Medienexperten und Journalisten aus Rußland, Armenien, Tadschikistan, Moldowa, Belarus und der Ukraine teil. Die Diskussion zeigte, daß die Problematik um transnationale Medien durchaus komplex und vielseitig ist. Es kann der Eindruck entstehen, daß der technische Fortschritt sämtliche Schranken für die Verbreitung der Information bereits beseitigt und das Recht der Bürger auf Äußerung, Sammeln, Erhalt und Verbreitung von Information unabhängig von ihrer Herkunftsquelle gewährleistet hätte. Eine nähere Betrachtung zeigt aber, daß das anscheinend einfache Problem in Wirklichkeit ein Bündel von Problemen ist, insbesondere wenn man versuchen würde, die Deklarationen mit Leben zu erfüllen. ...

17. - 24. November

Vorlesungsreihe ‘Redaktions- und Zeitungsmanagement’ in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut und dem Institut für Journalistik der Schewtschenko-Universität Kiew

Auf Bitte des Instituts für Journalistik, das neu eingeführte Fach ‘Medienmanagement’ zu unterstützen, setzte Werner D’Inka, Chef vom Dienst der ‘Frankfurter Allgemeine Zeitung’ die Vorlesungsreihe ‘Redaktions- und Zeitungsmanagement’ fort. Die 2001 begonnenen Vorlesungen zur Einführung in das Fach und dessen Grundlagen für Studenten des 1. Studienjahres konnten in diesem Jahr mit derselben Gruppe der Studenten - inzwischen 2. Studienjahr – weitergeführt werden. Vor Studenten der Obersemester hielt D’Inka zwei Vorlesungen zum Thema ‘Die Arbeit des Chefs vom Dienst am Beispiel der FAZ’ und ‘Besonderheiten des Zeitungsmanagements’. Darüber hinaus nahm Herr D’Inka an einer Sitzung des Gelehrtenrates des Instituts teil und berichtete über die Journalistenausbildung in Deutschland.

Teilnehmer: 100

19. November

Presstreff ‘Die Arbeit der Medien in Krisensituationen’ mit dem Journalistenverband in Kiew

Vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Moskau war dieses Thema in den ukrainischen Medien besonders aktuell. Fragen der Medienethik und Verhaltensregeln für Journalisten in Situationen wie Geiselnahme und Terroranschlägen standen im Mittelpunkt des Dialogs zwischen ukrainischen Journalisten und Werner D’Inka, Chef vom Dienst der FAZ.

Teilnehmer: 46

Presseecho

‘Urjadowyj Kurjer’ (Regierungskurier) Tageszeitung Kiew, 26.11.2002

Medien als Vermittler in Krisensituationen

Iryna Melnytschenko

Vor dem Hintergrund der Verschärfung von ethnischen und sonstigen Konflikten, welche ihren Ausdruck oft in Terroranschlägen finden, wie z.B. kürzlich in Moskau, wird das Verhalten der Journalisten in Ausnahmesituationen immer aktueller. Diesem wichtigen Thema war ein Runder Tisch gewidmet, welcher vom Nationalen Journalistenverband und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Die Teilnehmer konzentrierten sich auf ethische Probleme bei der Berichterstattung über Krisensituationen. Die Journalisten sind gehalten, in gesetzlichen Rahmen zu handeln und die Regeln der Berufsethik zu befolgen. Eine zu detaillierte Darstellung kann den Betroffenen und ihren Angehörigen seelische Leiden zufügen. Auf der anderen Seite darf man die Informationen nicht verschweigen, welche für das Verständnis eines Ereignisses wichtig sind. Deutsche Experten rieten den Journalisten davon ab, direkte Kontakte mit den Tätern, z.B. Geiselnehmern, aufzunehmen. In widersprüchlichen Situationen müssen die Journalisten nach eigenem Ermessen entscheiden, was sie berichten sollen und was nicht. Sie müssen auch daran denken, daß das menschliche Leben wichtiger ist als die Freiheit der Information.

21.-22. November

Workshop 'Die Rolle der Regionalmedien beim Aufbau der Bürgergesellschaft' mit UNKMO und Journalistenverband in Dnipropetrowsk

Dieser Workshop fand unter lebhafter Beteiligung der Teilnehmer – Journalisten, Journalistikstudenten und junge Politiker aus der Region Dnipropetrowsk – statt. Es war wichtig, auf die Art der politischen Berichterstattung in deutschen Medien einzugehen, da die klare Trennung von Nachricht, Information und Kommentar noch weitgehend unbekannt ist bzw. nicht eingehalten wird. Daß ein genervter Journalist ernsthaft vorschlug, lieber auf die Berichterstattung über politische Ereignisse zu verzichten, kennzeichnet eine offenbar vorherrschende Einstellung.

Die Darstellung ethischer Grundsätze stieß – auch aufgrund der alltäglichen Schlammschlacht in ukrainischen Medien – zwar auf große Resonanz, doch fällt oftmals eine klare Grenzziehung schwer. Muß über eine bestimmte Affäre im Detail berichtet werden, weil es für die Öffentlichkeit von Interesse ist oder handelt es sich bereits um einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte? Auf diese Fragen ging D'Inka, Chef vom Dienst bei der FAZ, ausführlich ein. Dazu brachte er Beispiele aus der Arbeit des Deutschen Presserats (Ethikkodex).

Da Rundfunkanstalten in der Ukraine alltäglichen Eingriffen von seiten der Administration und Interessengruppen aus Politik und Wirtschaft ausgesetzt sind, fand die Erläuterung der Finanzierung und Struktur öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in Deutschland, die unabhängig von Partikularinteressen arbeiten und der Aufsicht durch Rundfunk-/Fernsehräte unterliegen, großes Interesse.

Teilnehmer: 69

Presseecho

'Ukrajinska prawda' (Ukrainische Wahrheit) Online-Zeitung Kiew, 25.11.2002

Deutschland besorgt über die Abhängigkeit ukrainischer Medien

Deutsche Journalisten und Medienexperten sind geschockt vom Stand der Medienfreiheit in der Ukraine. Werner D'Inka, Chef vom Dienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, sagte auf dem Seminar 'Die Rolle der Journalisten in der Demokratieentwicklung', welches dieser Tage in Dnipropetrowsk stattfand, daß er betroffen sei von dem, was ihm ukrainische Kollegen erzählt haben. "Mich bedrücken die Meldungen ukrainischer Kollegen darüber, wie stark ukrainische Medien abhängig sind und welchem Druck sie ausgesetzt werden. Dieses hörte ich nicht von einem, sondern von vielen Kollegen, die in Print- wie auch in elektronischen Medien tätig sind. Solche Meldungen sind sehr beunruhigend", zitierte 'Deutsche Welle' den deutschen Journalisten. Des weiteren wies D'Inka darauf hin, daß ukrainische Journalisten oft selbst die Grenzen des Erlaubten überschreiten, wenn sie über Politiker oder Unternehmer berichten. Er rief seine Kollegen dazu auf, sich immer an die Regeln des journalistischen Gewerbes zu halten. Dann werden die Klagen der Journalisten über Druck seitens der Behörden viel begründeter aussehen.

Das Seminar wurde von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Ukrainischen Nationalkomitee für Jugendorganisationen organisiert.

'Posyzija' (Standpunkt) Wochenzeitung Dnipropetrowsk, 13.12.2002

Gibt es denn in der Ukraine freie Presse ?

O. Masur

In Dnipropetrowsk fand ein Seminar unter der Ägide der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung statt, welches der Rolle der Regionalmedien beim Aufbau einer Zivilgesellschaft gewidmet war. An diesem zweitägigen Seminar nahmen Vertreter ukrainischer und deutscher Medien, der NGOs sowie Medienexperten und Journalistikstudenten teil. Deutsche Gäste, unter ihnen Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Lohmann, Presseattaché der Deutschen Botschaft Sabine Stöhr und Chef vom Dienst der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Werner D'Inka, machten die Teilnehmer mit den Grundlagen deutscher Medien, v.a. der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, vertraut. ... Die deutschen Medienexperten wandten sich auch dem Beziehungsfeld zwischen Medien und Politik in Deutschland zu. Wenn ein deutscher Politiker versuchen würde, die Medien zu beeinflussen, dann würde das mit Bestimmtheit sein Ansehen in der Öffentlichkeit zerstören. Die Medien sind an der Erhaltung ihrer Unabhängigkeit sehr interessiert. Wenn sie in Verdacht kämen, daß sie Aufträge der Politiker erfüllen, würden sie sehr schnell Leser bzw. Zuschauer verlieren. Besondere Aufmerksamkeit galt der Pressefreiheit in der Ukraine und dem Druck des Staates auf die Medien. Prof. Walerij Iwanow, Leiter der Akademie der Ukrainischen Presse äußerte die Überzeugung, daß es in der Ukraine keine freie Presse gibt. Als Ursachen wurden in erster Linie finanzielle Schwierigkeiten der Mehrheit der Zeitungen sowie die niedrige Kaufkraft der Bevölkerung genannt. Unter diesen Bedingungen werden die Medien zur Einflußnahme auf die öffentliche Meinung mißbraucht. Die Journalisten haben kaum Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren und sind gezwungen, gewissen politischen Kräften zuzuarbeiten, was der Gesellschaft insgesamt ernsthaften Schaden zufügt, so Prof. Iwanow. Wolodymyr Demtschenko, Dekan an der Universität Dnipropetrowsk, hob hervor, daß die Meinungsfreiheit in der Ukraine eher eine Deklaration ist. Diese Feststellung wurde mit zahlreichen Beispielen belegt.

Maßnahmen zur Förderung des ökonomischen Transformationsprozesses in Richtung einer Sozialen Marktwirtschaft

Entsprechend diesem (dritten) KAS-Leitthema wurden die Maßnahmen in diesem Bereich ausgedehnt. Vorrangig zu nennen ist die dreiteilige Workshopreihe zu Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Institut für Reformen. Als erfahrener Mentor vermittelte Prof. Clapham (Universität Siegen) v.a. die ordnungspolitischen Grundlagen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Im Laufe der Workshopserie stellte sich heraus, daß ordnungspolitisches Denken in der Ukraine noch wenig verbreitet ist und das komplexe System der Sozialen Marktwirtschaft eher in Einzelschritten vermittelt werden muß. Der Dialog wurde um so präziser und zielführender, je intensiver die sozio-ökonomischen Probleme der Ukraine (überragende Rolle des Staates, Schattenwirtschaft, schwaches Verbandswesen, eher rudimentäre Tarifpartnerschaft und insbesondere die Probleme der KMU) behandelt wurden. Eine reale Marktwirtschaft ist in der Ukraine nur in Ansätzen erkennbar, und zur Lösung der brennenden Fragen des Umbaus des Sozialsystems liegt noch keine einheitliche, mehrheitsfähige Konzeption vor.

25. Februar

Vortragsveranstaltung 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' an der Wirtschaftsfakultät der Universität Charkiw mit Prof. Dr. Ronald Clapham (Universität Siegen)

Prof. Clapham erläuterte vor Wirtschaftsstudenten der Obersemester und Dozenten der Universität Charkiw die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sowie ihre strukturellen Merkmale – Rechtsstaat, Wettbewerbs-, Geld- und Sozialordnung.

Teilnehmer: 100 Studenten und Dozenten der Fakultät für Wirtschaft.

25. - 26. Februar

Workshop 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' (I) mit Institut für Reformen in Charkiw (Ostukraine)

Die Workshopreihe 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' verfolgte das Ziel, Klein- und Mittelunternehmer, Verwaltungsbehörden, Vertreter der NGOs wirtschaftspolitischer Ausrichtung sowie Wirtschaftsstudenten und -dozenten mit der in der Ukraine noch weitgehend unbekanntem Entstehungsgeschichte und den Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft vertraut zu machen. Das Ziel der ersten Maßnahme war die Darstellung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sowie die Durchführung eines Brainstormings, um zu prüfen, ob dieses Konzept auch unter ukrainischen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen anwendbar ist.

Die Ausführungen von Prof. Clapham initiierten rege Diskussionen über die Umsetzbarkeit des Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft in der Ukraine sowie über die Rolle des Unternehmers in der Gesellschaft. Dabei standen Quellen, Instrumente und Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft sowie Grundlagen der Wettbewerbsordnung und -politik im Vordergrund. Prof. Clapham gelang es in der Diskussion, anhand von anschaulichen Beispielen die Umsetzbarkeit sozialmarktwirtschaftlicher Prinzipien auch für die Ukraine aufzuzeigen. Es ging insbesondere um die Rolle des Staates und die Grenzen staatlicher Interventionen sowie um Regulierungsprobleme bei der Schaffung einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Eines der größten Probleme für die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft sehen die Experten des Instituts für Reformen darin, daß in der Ukraine eine Privatisierung im marktwirtschaftlichen Sinne noch nicht stattgefunden hat. Diese war eher eine 'Entstaatlichung', die von zur Exekutive 'loyal' eingestellten Unternehmern ausgenutzt wurde.

Die meisten Teilnehmer waren der Meinung, daß das Verhältnis Unternehmer - Beamter geändert werden müsse. Der Unternehmer sei für den Staat und insbesondere für die Behörden 'eher eine Melkkuh' als ein Partner für die Lösung von Sozialproblemen.

Teilnehmer: 82

5. - 6. April

Workshop 'Schulung von Jungunternehmern I: Businesspläne für KMU und Möglichkeiten ihrer Realisierung' mit UNKMO in Tscherkassy

Dieser Workshop mit 'Inconsult' schloß an eine ähnliche Maßnahme im vergangenen Jahr an. Zielgruppe waren aktive/potentielle Jungunternehmer sowie Wirtschaftsstudenten. Nach Vorträgen zur KMU-Förderung in Deutschland und in der Ukraine (insbesondere als Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit) wurden Struktur und Methodik von Businessplänen für Unternehmensgründer vorgestellt. Die Teilnehmer verfolgten mit großem Interesse die Gründungsberichte von 5 Jungunternehmern aus dem Nahrungsmittel- und Dienstleistungsbereich. In zwei Arbeitsgruppen wurden unter Leitung von Moderatorinnen von 'Inconsult' und des CIM-Experten Businesspläne entwickelt, die im Plenum vorgestellt und diskutiert wurden. Für weitere Workshops sollen vermehrt Jungunternehmer bzw. Existenzgründer gewonnen werden, die die schwierige Aufbauphase bereits hinter sich haben.

Teilnehmer: 60

Presseecho

Zeitschrift des Verbandes 'Deutsche Jugend in der Ukraine' e.V. Kiew, April 2002

Die Jungunternehmer erhalten neue Chancen

Lilija Hyrytsch

Vom 5. bis 6. April 2002 fand in Tscherkassy ein Seminar zum Thema 'Buisnessplanung für klein- und mittelständische Unternehmen und Möglichkeiten ihrer Realisierung' statt, welches von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Unterstützung von 'Inconsult Management Consulting GmbH' Tscherkassy organisiert wurde. ... Der Experte Sonntagbauer berichtete über die KMU-Förderung in Deutschland, u. a. über Förderprogramme auf nationaler und kommunaler Ebene. Dr. M. Lohmann, Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung, hob die gesellschaftlich wichtige Rolle der KMU hervor. Er wies u.a. auf das Konzept der sozialen Marktwirtschaft hin, welches von Ludwig Erhard und seinem Umfeld entwickelt und im westlichen Teil Deutschlands erfolgreich umgesetzt wurde. Das war ein entscheidender Beitrag zum Wiederaufbau des Landes und zur Schaffung einer stabilen Basis für dauerhafte dynamische Wirtschaftsentwicklung, Vollbeschäftigung und sozialen Frieden in Deutschland. Die soziale Marktwirtschaft stütze sich auf ein christliches Menschenbild und Grundwerte: Menschenwürde, Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität. Olexandr Zepko, Direktor von 'Inconsult', ging auf die Strategien zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit ein. Er schilderte die Geschichte seines Unternehmens und die Probleme, mit denen das Unternehmen in seiner 10-jährigen Geschichte konfrontiert war. Nach seiner Meinung besteht das Ziel des Seminars weniger darin, die Entwicklung eines Geschäftsplanes beizubringen – dafür wären 2 Tage zu kurz. Vielmehr komme es darauf an nahezulegen, warum so ein Plan so wichtig ist. Das sei eine wichtige Etappe, welche jedem weiteren Schritt vorausgehen müsse, schlußfolgerte O. Zepko.

24. April

Rundtisch 'KMU-Förderung und Wirtschaftswachstum in der Ukraine' mit dem Nationalen Institut für Strategische Studien (NISS)

Die von NISS vorgestellte Studie belegt mit neuesten Daten, daß trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums die Lage der Klein- und Mittelunternehmen weiterhin unbefriedigend ist. Die Gesamtzahl der registrierten KMU hat nicht zugenommen, die durchschnittliche Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen sogar abgenommen. Insgesamt beträgt der Anteil der Beschäftigten in KMU nur 6% aller Erwerbstätigen. Der NISS-Experte führte an, daß die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Entwicklung von KMU sowie die Erhöhung ihres Beitrages zum Wirtschaftswachstum die prioritäre Aufgabe des Staates sei, der er bisher nur unzureichend nachgekommen sei.

Wirtschaftsexperten und Vertreter von Unternehmerverbänden beklagten ungleiche Wettbewerbsbedingungen, Bürokratisierung und hohe Steuerbelastung, geringes unternehmerisches Know-How und den Stand der unternehmerischen Bildung. Dennoch zweifelten die meisten Teilnehmer die Rolle der staatlichen Förderpolitik kaum an. Auch gab es nur wenige konkrete, realisierbare Lösungsvorschläge.

Teilnehmer: 72

27. Mai

Vortragsveranstaltung zum Thema 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' an der Wirtschaftsfakultät der Iwan-Franko-Universität Lemberg von Prof. Clapham

Vor einem großen Zuhörerkreis erläuterte Prof. Clapham die ordnungspolitischen Grundlagen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Dabei wurden die Schwerpunkte auf wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse, ethische Wertgrundlagen, Wettbewerbsordnung und

Sozialordnung gelegt. Im Nachgespräch mit den Dozenten stellte sich heraus, daß Ordnungspolitik als eigene Disziplin an der Fakultät noch nicht unterrichtet wird.

Zielgruppe: Studenten der Obersemester, Dozenten.

Teilnehmer: 168

27. - 28. Mai

Workshop 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' (II) mit Institut für Reformen in Lwiw

Prof. Clapham hielt die Hauptreferate über Konzept und Quellen der Sozialen Marktwirtschaft sowie über 'Soziale Marktwirtschaft heute'. Von Vertretern des Partners, des örtlichen KMU-Verbandes sowie der Wirtschaftsverwaltung der Oblast Lemberg wurden die Themen 'Rolle des Wettbewerbs in der Sozialen Marktwirtschaft', die ukrainische Schattenwirtschaft, Konzepte und Träger der Förderpolitik für KMU sowie die Rolle des Staates in der Wirtschaft vorgetragen. Zwei Arbeitsgruppen widmeten sich dem Wettbewerb in der ukrainischen Wirtschaft und der Förderung des KMU-Sektors.

Daß bei ukrainischen Wirtschaftsexperten immer noch die omnipotente Rolle des Staates eine Schlüsselrolle spielt, zeigten kontroverse Diskussionen um die Rolle des staatlichen Protektionismus als 'Anreiz für den Umbau von Krisenindustrien' (Bergbau, Metallurgie, Schwerindustrie) sowie das geringe Bewußtsein über die Notwendigkeit von Instanzen zwischen Staat und Wirtschaftsindividuen (Verbandswesen). Auch war die Meinung vertreten, daß in einer Transformationsgesellschaft eine 'starke Hand' erforderlich sei. Prof. Clapham und AL betonten wiederholt, daß der Staat Kompetenzen delegieren müsse: an Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften. Die allgegenwärtige Bürokratie behindert die Entwicklung von Klein- und Mittelunternehmen eher.

Es wurde erneut deutlich, daß das an sich transparente Wertesystem der Sozialen Marktwirtschaft für die „postsowjetische“ Mentalität schwer zu verstehen ist und besser in Einzelschritten vermittelt werden kann.

Teilnehmer: 79

Presseecho

'Sa wilnu Ukrainu' (Für die freie Ukraine) Tageszeitung Lwiw, 5.06.2002

Die Ukrainer schätzen deutsche Erfahrungen

Lidija Losynska

Es gibt einige Institutionen, welche die Durchführung von politischen und Wirtschaftsreformen in der Ukraine sich zum Ziel setzen: Stiftung 'Widroschenja', die Weltbank, Entwicklungsprogramme der UNO etc. In dieser Reihe sollte die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht fehlen, welche in der Ukraine seit 1994 mit einer Außenstelle vertreten ist. Vom 27. bis 28. Mai organisierte die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung ein Seminar in Lwiw zum Thema 'Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft' für galizische Ökonomen, klein- und mittelständische Unternehmer, Wirtschaftsstudenten und Journalisten. ... Die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft wurden auf dem Seminar von Prof. Clapham von der Universität Siegen, einem renommierten Fachmann auf diesem Gebiet, dargestellt. Die Journalisten wollten unbedingt wissen, was das Seminar konkret für die Ukraine bringen wird. Olexander Olijnyk, Direktor des Instituts für Reformen gab eine sehr gute Antwort auf diese Frage: "Die Deutschen, nachdem sie ihr Land aufgebaut haben, haben ein gutes Recht, ihre erfolgreichen Wirtschaftsmodelle auch in anderen Ländern vorzustellen. Es ist positiv anzusehen, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, das Modell der sozialen Marktwirtschaft in der Ukraine zu vermitteln und uns bei der Umsetzung beratend zu helfen. Es ist begrüßenswert, daß die Stiftung Stipendien für junge ukrainische Wissenschaftler vergibt. Wir sollten weniger phantasieren, sondern bereits bestehende positive Erfahrungen übernehmen und sie an ukrainische Verhältnisse anpassen".

Auf dem Bild: Prof. Clapham hält sein Referat.

'Gaseta Argument' Tageszeitung Lwiw, 6.06.2002

Passt die soziale Marktwirtschaft für die Ukraine ?

Lilija Myz'

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft wurde auf einem Seminar in Lwiw vorgestellt, welches von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde. Weitere Bildungsmaßnahmen in diesem Bereich sind für die nächste Zukunft geplant. Die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung hat in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit Parlamentsausschüssen, dem Präsidialamt, dem Staatsvermögensfonds sowie wissenschaftlichen Instituten eine Seminarreihe zur Privatisierung und zur Sozialpolitik im Kontext der Reformen durchgeführt. Die KAS-Außenstelle wurde bereits 1994 eröffnet und verfolgt in ihrer Tätigkeit folgende Schwerpunkte: Förderung demokratischer Medien, Demokratie- und rechtsstaatliche Entwicklung sowie Bildungsprogramme für soziale Marktwirtschaft....

'Ratuscha' (Rathaus) Tageszeitung Lwiw, 30.05.2002

Wie man morgen leben wird, sollte man schon jetzt wissen

Veronika Dolonska

Zwei Tage dauerte in Lwiw das Seminar zum Thema 'Die soziale Marktwirtschaft: Orientierungen für die Ukraine', welches vom Institut für Reformen und der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde. Am Seminar nahmen über 50 Wissenschaftler, Unternehmer und Wirtschaftsstudenten teil. Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet in folgenden Schwerpunktbereichen: Demokratieförderung, Zusammenarbeit mit politischen Parteien, Förderung der Rechtsreformen, Unterstützung demokratischer Medien und der Pressefreiheit. Prof. Ronald Clapham von der Universität Siegen aus Deutschland wies darauf hin, daß die Ukraine das deutsche Modell nicht nachahmen solle. Man müsse die Mentalität der Bevölkerung und sonstige Faktoren berücksichtigen. Die Ukraine brauche freien Wettbewerb und private Initiative, meinte Prof. Clapham. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaft dreht sich die Diskussion um die Frage, welches Wirtschaftsmodell am effizientesten ist. In den osteuropäischen Transformationsländern wird dem deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. ... Deutsche wie ukrainische Experten waren sich darüber einig, daß man ein fremdes Modell nicht einfach überstülpen kann. Die Ukraine könne aber wichtige Elemente des deutschen Modells wie Währungsstabilität oder freien Wettbewerb durchaus übernehmen.

4. - 5. Juni

Workshop 'Schulung von Jungunternehmern II: Businesspläne für KMU und Möglichkeiten ihrer Realisierung' mit Agentur für regionale Entwicklung POLARE in Poltawa

Beim zweiten Workshop in dieser Reihe war die Zielgruppe Jungunternehmer, Wirtschaftsstudenten sowie politische Jugendorganisationen.

Mit der Vertreterin des Staatskomitees für Unternehmensförderung Fr. Chworostjanowa diskutierten die Teilnehmer die Probleme der Beziehungen zwischen Staat und Unternehmer. Eine Besserung dieses Verhältnisses sehen junge Unternehmer in einer Steuersenkung und Reduzierung der Kontrollen seitens der Behörden. Fr. Chworostjanowa berichtete über Programme für die Förderung von Jungunternehmern, sowie über die Verteilung dafür vorgesehener Mittel in der Region Poltawa. Vertreter des Arbeitsamtes und der Bank 'Poltawa' gaben einen Überblick über die Finanzierungsmöglichkeiten von Geschäftsideen und Erstkapital für eine Existenzgründung.

Nach der Präsentation eines speziellen PC-Programms für Business-Pläne arbeiteten die Teilnehmer in Kleingruppen unter Leitung von POLARE-Experten eigene Pläne aus, die dann im Plenum bewertet wurden.

Teilnehmer: 80

Presseecho

'Poltawstschyna ekonomitschna' (Poltawaer Wirtschaftsblatt) Monatszeitschrift der IHK Poltawa, Juni 2002

Workshop für Jungunternehmer

In Poltawa fand ein Workshop zur Fortbildung von Jungunternehmern zum Thema 'Businessplanung als wichtiges Element erfolgreicher Unternehmensführung' statt. Es wurde von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Poltawaer Agentur für regionale Entwicklung (POLARE) organisiert. Am Seminar nahmen Vertreter von Jugendorganisationen, Jungunternehmer und Hochschulabsolventen aus Poltawa teil. Während des Workshops konnten die Jungunternehmer ihre Geschäftspläne präsentieren und ausdiskutieren.

Über die Besonderheiten der KMU-Förderung in Deutschland berichtete Viktor Husjew, Berater der POLARE. Auf dem Workshop herrschte eine lebhafte Diskussion, die Seminarteilnehmer konnten erschöpfende Antworten auf alle Fragen erhalten.

1. - 5. Juli

Sommerschule 'Familienpolitik im Kontext einer menschengerechten Gesellschaftsordnung' mit der Theologischen Akademie in Lwiw

Zum zweiten Male fand eine Sommerschule mit der Lemberger Theologischen Akademie (gr.-kath. Kirche) statt. Im letzten Jahr wurden Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft behandelt. Vor 54 Studenten der Lemberger Akademie sowie weiterer Universitäten in Kiew, Odessa, Iwano-Frankiwsk, Donezk und Vertretern politischer Jugendorganisationen/NRO referierten Dozenten der Akademie Lemberg und der wiss. Mitarbeiter des Zentralinstituts für Ehe und Familie der Katholischen Universität Eichstätt, Bayer.

Die ukrainischen Referenten stellten die philosophisch/theologisch begründeten Familienrechte als Menschenrechte dar und unterzogen die wenig konsistente Familienpolitik der ukrainischen Regierungen einer heftigen Kritik. Der deutsche Referent stellte die Quellen des christlich-demokratisch fundierten Menschenbildes und die sich daraus ableitende Familienpolitik, wie auch die christliche Sozialethik und die Grundlinien des Lehramts der katholischen Kirche zu Ehe und Familie dar.

Wie schon im vergangenen Jahr zeigte sich erneut, daß die Lemberger Akademie noch wenig ökumenisch orientiert ist. Für die Weiterführung ist eine bessere Einbeziehung der Sozialdoktrinen

der anderen Kirchen der Ukraine wie auch eine bessere Verknüpfung mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erforderlich, welche gerade die jungen Politiker in ihrer wirtschaftspolitischen Argumentation unterstützen könnte.

Teilnehmer: 54

16. - 17. September

Rundtisch 'Unternehmertum und soziale Gerechtigkeit' mit dem Institut für Strategische Studien (NISS) in Kiew

Die Ukraine im Spannungsfeld von sozialer Gerechtigkeit und Wirtschaftstransformation. Dies war Gegenstand einer Diskussion von Parlamentsabgeordneten, Experten und NRO-Vertretern in der Nationalen Wirtschaftsuniversität Kiew. Zu Beginn stellte M. Stepiko (NISS) fest, dass soziale Gerechtigkeit bisher in der Ukraine zu wenig beachtet werde. Prof. Clapham ging auf die Verantwortung der Unternehmer für das soziale Umfeld ein. Die Ukraine müsse sich über den einzuschlagenden Weg klar sein. Der Begriff 'Soziale Gerechtigkeit' werde in Deutschland, USA oder Schweden sehr unterschiedlich definiert. In Deutschland wird die Soziale Marktwirtschaft durch das Individual-, Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip bestimmt.

Der Abgeordnete Juchnowskij sprach die Notwendigkeit von Steuersenkungen an, die durch Budgeteinsparungen finanziert werden müssen. Sparpotential sah er in den Bereichen Militär und Polizei. Geringere Steuersätze würden automatisch zu mehr Steuerehrlichkeit führen, da der Anreiz zu Steuerhinterziehung sinke. Schalilo (NISS) betonte, dass es immer noch an einer ökonomischen Basis für faire Beziehungen zwischen Staat und Unternehmen fehle. Der Moderator des Workshops und Berater von NISS Kijak sprach über den Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft im Kontext der Einführung demokratischer Verhältnisse auf administrativer, parlamentarischer und wirtschaftlicher Ebene.

Teilnehmer: 74

18. September

Vortragsveranstaltung 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' am Institut für Management Jalta

Vor Beginn des anschließenden Workshops hielt Prof. Clapham einen Vortrag über die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft vor Studenten und Dozenten des privaten Institutes für Management in Jalta. In der Diskussion zeigte sich, daß noch Vorbehalte gegen eine Übernahme des deutschen Modells bestehen: einerseits gebe es unterschiedliche Mentalitäten, andererseits habe man in Deutschland das Problem der Arbeitslosigkeit auch nicht beseitigen können.

Teilnehmer: 75

18. - 19. September

Workshop 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' (III) mit Institut für Reformen in Jalta (Krim)

Den Teilnehmern aus der Südukraine wurden grundlegende Bestimmungsfaktoren der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und deren Bezug zur Situation in der Ukraine nähergebracht. Immer wieder drehte sich die Diskussion um die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns.

Der die Workshopreihe begleitende Prof. Clapham betonte, daß die Spielregeln für alle Akteure gleich sein müssten. Gerade hier bestehen in der Ukraine noch viele Defizite. So zahlen 30 % der Bevölkerung weder Steuern noch Kommunalabgaben. Clapham wies ferner auf die Ungleichbehandlung von Wirtschaftszweigen bezüglich der Besteuerung von Unternehmensgewinnen hin. Dies stelle einen unfairen Wettbewerb dar. Daneben wurde auch die Vertretung und Durchsetzung von Unternehmerinteressen diskutiert. Ein Zusammenschluss in Unternehmerverbänden, wie in Deutschland üblich, ist selten der Fall. Die KMU-Verbände sind schwach und zersplittert. Diese Defizite sollen im Folgejahr in einem Workshop zum Thema Interessenvertretung behandelt werden.

Mangelnde Rahmenbedingungen und Überregulierung fördern die Schattenwirtschaft. Diesen Zusammenhang griff Anatolij Mokij, Dozent für int. Wirtschaftsbeziehungen an der Handelsakademie Lemberg auf. Er wog Vor- und Nachteile der Schattenwirtschaft in der Ukraine ab, wobei die Nachteile überwiegen. Laut Clapham brauchen Investoren klare Kalkulationsgrundlagen. Die Wirtschaftsordnung der Ukraine entspreche in weiten Bereichen noch nicht einer modernen Marktwirtschaft.

Teilnehmer: 62

Presseecho

Krymskaja gazeta (Die Krimer Zeitung), 24.09.2002

In den Fußstapfen Konrad Adenauers

Laryssa Merkuschewa

In Jalta ging ein Seminar über die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zu Ende, welches von den Mitarbeitern der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Institut für Reformen Kiew organisiert wurde. ... Die Ukraine ist derzeit auf der Suche nach einem Wirtschaftsmodell, welches eine rasche Wirtschaftsentwicklung ermöglichen würde. Da erscheint das Modell der sozialen Marktwirtschaft am geeignetsten, denn es hat seinerzeit das vom Krieg zerstörte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht Europas gemacht. Auf dem Seminar haben Experten die Anwendbarkeit dieses Modells in der Ukraine eingehend erörtert. Das Seminar in Jalta war bereits die dritte Maßnahme in der Seminarreihe zu Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft. Früher wurden ähnliche Seminare in Charkiw und Lwiw – übrigens gebührenfrei – durchgeführt. ...Referate wurden von renommierten Wirtschaftswissenschaftlern wie Prof. Ronald Clapham von der Universität Siegen in Deutschland, Olexandr Olijnyk, Leiter des Instituts für Reformen und Prof. Anatoli Mokij, Lehrstuhlinhaber an der Handelsakademie Lwiw, gehalten. Wie ein Teilnehmer, der Unternehmer Ihor Dubrowsky sagte, helfen solche Seminare bei der Orientierung in der komplizierten Welt der Transformationswirtschaft.

23. - 24. September

Konferenz 'SME as Suppliers to Big International Companies' mit KAS-Außenstelle Ankara und Ukrainian Association for Quality (Kiew)

Dieser Workshop im Rahmen der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation wurde von der Außenstelle Ankara mit logistischer Unterstützung der Außenstelle Kiew, dem Staatskomitee für Unternehmertum sowie der ukrainischen Vereinigung für Qualitätssicherung durchgeführt. Eingeladen waren Experten des KMU-Sektors aus allen Schwarzmeer-Anrainerstaaten. Hauptthemen waren Förderungsinstrumente für KMU-Entwicklung, das Verhältnis zwischen den Regierungen und dem KMU-Sektor, Fragen der Regulierung, Privatisierung und insbesondere die Rolle der KMU als Zulieferer für die großen/multinationalen Industrien.

Teilnehmer: 49

16. - 17. Oktober

Workshop 'Schulung von Jungunternehmerinnen III: Businesspläne für KMU und Möglichkeiten ihrer Realisierung' mit POLARE und UNKMO in Poltawa (Zentralukraine)

Wie geht man bei der Erstellung eines Businessplans vor und warum ist er so wichtig? Dieser Frage gingen die Teilnehmer in Poltawa nicht nur theoretisch nach, sondern erarbeiteten in Gruppen Businesspläne, die am Ende des Workshops der kritischen Bewertung aller TN unterzogen wurden. Für die meisten jungen Frauen war es das erste Mal, dass sie ihre Ideen zur Unternehmensgründung systematisch aufarbeiten konnten. Die Grundlage bildeten Vorträge von erfolgreichen Unternehmerinnen aus der Region, Bankern, der Abteilung für Unternehmensregistrierung und von Trainern des Partners POLARE.

Die Präsentationen waren häufig noch nicht sehr fundiert, wurden aber mit großem Engagement vorgetragen. Sie konzentrierten sich auf bereits existierende Geschäftsfelder wie: Agentur für Personalvermittlung, Werbeagentur, Modeatelier, Kosmetiksalon, Rundfunksender, Werbezeitung, Wäscherei. Bei der Bewertung ging es besonders um das Marktpotential und örtliche Konkurrenz. Alle Jungunternehmerinnen wollten ihr Startkapital aus Ersparnissen bzw. von Eltern/Freunden nehmen, was angesichts der schwierigen Bankenfinanzierung nicht verwundert.

Mangelnde Marktkenntnis und fehlende Bankenunterstützung sind die Hauptfaktoren für die Entwicklungsprobleme von KMU. Der Vertreter des Staatskomitees erklärte, daß man sich um entsprechende Gesetzesänderungen bemühe.

Teilnehmer: 83

Presseecho

'Poltawsky wisnyk' (Poltawaer Anzeiger) Tageszeitung Poltawa, 18.10.2002

Unternehmertum ist auch eine Frauensache

Pressestelle des Stadtrates

Vertreterinnen von Frauen- und Jugendverbänden aus Poltawa, Kiew, Dnipropetrowsk und Tscherkassy nahmen am Workshop 'Businesspläne für KMU und Möglichkeiten ihrer Realisierung' teil, welcher vom 16. bis 17. Oktober in unserer Stadt durchgeführt wurde. Die Organisatoren dieser Maßnahme – Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung, Poltawaer Agentur für regionale Entwicklung sowie das Ukrainische Nationalkomitee für Jugendorganisationen – sorgten dafür, daß sich die Seminarteilnehmerinnen mit den KMU-Förderprogrammen für ukrainische Unternehmen, den Erfahrungen von Unternehmerinnen aus Poltawa sowie dem Verfahren bei der Geschäftsplanung vertraut machen konnten.

'Dyrektorska poschta' (Post für den Direktor) Monatszeitschrift Poltawa, Oktober 2002

Wirtschaftsleben in Poltawa Frauen und Unternehmertum

In der Ukraine steht das Problem der Arbeitslosigkeit akut an, insbesondere unter Frauen und Jugend. Im Gebiet Poltawa wurden zum Stand vom 1. Oktober d.J. über

40 000 Arbeitslose, davon 25234 Frauen und 9539 Jugendliche, registriert. Eine der möglichen Lösungen dieses Problems ist die Förderung junger Existenzgründer, Entwicklung von unternehmerischen Fähigkeiten bei Frauen und Jugend. Diesem Ziel diente der Workshop 'Businesspläne für KMU und Möglichkeiten ihrer Realisierung', welcher von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Poltawaer Agentur für regionale Entwicklung (POLARR) organisiert wurde. ... Am Workshop nahmen über 60 Vertreterinnen aus Frauen- und Jugendverbänden, junge Unternehmerinnen aus den Regionen Poltawa, Kiew, Tscherkassy und Dnipropetrowsk teil. In den Arbeitsgruppen wurden einzelne Businesspläne erarbeitet, welche dann im Plenum vorgestellt wurden. Insgesamt wurden acht Geschäftsprojekte präsentiert: Modegeschäft für Damen, Werbe- und Personalagentur, medizinisches Zentrum, Radiosender, Werbezeitung und Wäscherei. Das letztere Projekt wurde am höchsten bewertet. Nina Kusmenko, Vorstandsvorsitzende der Christlichen Kreditunion 'Jednist' und Tobias Schedlbauer von der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung berichteten über die Situation der Frauen als Unternehmer in der Ukraine und in Deutschland. Des Weiteren wurden KMU-Förderprogramme in der Ukraine vorgestellt. Eine Vertreterin der Stadtverwaltung berichtete über das Registrierungsverfahren bei der Anmeldung der Betriebe und ein Vertreter der 'Mikrofinanzbank' über die Kreditvergabe....

26. Oktober – 2. November 2002

Studien- und Informationsprogramm für 10 Wirtschaftswissenschaftler in Köln/Bonn und Berlin

Die Teilnehmer hatten bereits an der Serie 'Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft' als Referenten oder Moderatoren mitgewirkt. Unter ihnen waren auch Vertreter von mehreren Partnerinstitutionen.

Ziel des Programms war die Vertiefung der Kenntnisse über Quellen, Elemente und Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft und eine eventuelle Übertragbarkeit in die Ukraine zu diskutieren. Die Kontinuität mit der Workshopserie wurde durch einen Erfahrungsaustausch mit Prof. Clapham zu Beginn des Programms hergestellt.

Die deutschen Gesprächspartner kamen zum einen aus Forschungs- und Fachinstituten (Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn, Ludwig-Erhard-Stiftung, Institut der Deutschen Wirtschaft Köln), zum anderen aus Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und weiteren Akteuren der Sozialen Marktwirtschaft – als Beispiele für das Institutionengefüge, ohne das eine Soziale Marktwirtschaft nicht existieren kann –: Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg, Unternehmerverband mittelständische Wirtschaft, Hans-Böckler-Stiftung, CDU-Wirtschaftsrat, Bundesverband junger Unternehmer, Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Ferner gab es ein Unternehmernessgespräch in Koblenz und ein Fachgespräch mit der 'Wirtschaftswoche' in Berlin. Ergänzt wurde das Programm durch Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Doss und Grund. In der Stiftung wurde das neue 'Lexikon für Soziale Marktwirtschaft' vorgestellt, verbunden mit einer Grundsatzdiskussion über methodische Ansätze der Vermittlung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft für in- und ausländische Multiplikatoren. Das gut vorbereitete Programm hat den ukrainischen Experten nicht nur die Realität der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland vermittelt, sondern auch ihre Bereitschaft gefördert, an der weiteren Arbeit der Außenstelle Kiew mitzuwirken. Sie werden künftig vermehrt in die Bildungsmaßnahmen zur Sozialen Marktwirtschaft einbezogen.

Presseecho

„Junge Wirtschaft Plus,, Wochenzeitung, 11. Februar 2003

Wie schaut es im Ausland aus?

Die Soziale Marktwirtschaft Deutschlands in der Perzeption eines ukrainischen Fachmanns

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung besuchte Wasyl Mahas, der ehemalige Experte des Instituts für Reformen und heute Experte des Projektes BIZPRO im Herbst vorigen Jahres Deutschland. Das Ziel des Besucherprogramms war es, ukrainische Ökonomen mit einem der erfolgreichsten Beispiele der Sozialen Marktwirtschaft bekannt zu machen. Über seine Eindrücke berichtet Herr Mahas aus dem Blickwinkel seines Faches als Doktor für Wirtschaftswissenschaften.

Der Aufenthalt in Deutschland und viele Gespräche mit renommierten Vertretern aus der deutschen Wirtschaftswissenschaft und Politik ließ uns das Wesen der Politik der 'Sozialen Marktwirtschaft' besser verstehen. Besonders wertvoll waren nach meiner Ansicht Gespräche im Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn, in der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie in der Ludwig-Erhard-Stiftung. ... Die Gespräche mit den Vertretern des Instituts für Mittelstandsforschung, des Unternehmerverbandes Mittelständische Wirtschaft, des Instituts der Deutschen Wirtschaft, der Hans-Böckler-Stiftung, des Bundesverbandes Junger Unternehmer der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmen sowie der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände verhalfen uns zum besseren Verständnis der heutigen Probleme Deutschlands, der Ursachen dieser und möglicher Lösungswege. ... In der Bundesrepublik wird auch die Politik der Subventionen, v.a. für die Landwirtschaft, uneindeutig eingeschätzt. Einige ukrainische Anhänger der staatlichen Förderung der Landwirtschaft sollten

die Meinung von Dr. Hermann Schneider, Mitherausgeber der 'Lexikon der sozialen Marktwirtschaft', hören. Wie er mit gewisser Ironie sagte, führte solche Politik des Staates dazu, daß die Landwirtschaft oft dort betrieben wird, wo sie eigentlich keine normalen Bedingungen hat, etwa auf den Bergen. ... Die Gespräche mit den deutschen Politikern, u.a. mit RA Rüdiger von Voss, Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Manfred Grund MdB, zeigten, daß Deutschland ein großes politisches Potenzial und den politischen Willen hat, um die bestehenden Probleme erfolgreich zu lösen sowie seine politische und Wirtschaftsrolle in Europa aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln, was mit den ukrainischen Interessen im großen Maße übereinstimmt.

Stipendien

FORSCHUNGSSTIPENDIEN

Der Arbeitsbereich Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung vergibt an deutschsprachige ausländische Wissenschaftler Stipendien zur Durchführung von Forschungsvorhaben in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Stipendien sind gedacht für wissenschaftliche Nachwuchskräfte mit Hochschulabschluß, die sich vor allem mit Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Recht befassen. Die Dauer der Stipendien beträgt in der Regel zwei bis drei Monate.

Bisher wurden über die Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung 18 Forschungsstipendien vergeben.

FORTBILDUNGSSTIPENDIEN

Diese Stipendien sind gedacht für politische Führungskräfte und Journalisten sowie für Wissenschaftler aus Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft.

Es werden Stipendien für die Teilnahme an folgenden Fortbildungsprogrammen vergeben:

Praxisbezogene Fortbildungsprogramme mit einer Dauer bis zu 3 Monaten.

Kurzurse und Seminare mit einer Dauer bis zu 3 Monaten.

Aufbaustudium an Hochschulen mit einer Dauer von 1 - 2 Semestern, vor allem in den Fachbereichen Politik, Wirtschaft und Recht, für Bewerber mit Hochschulabschluß.

JOURNALISTEN-PRAKTIKA

beim F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, Frankfurt/Main.

Seit 1993 veranstaltet das F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH, eine Tochter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), für Stipendiaten der KAS journalistische Fortbildungsprogramme (Praktika) von einmonatiger Dauer. Bisher wurden 17 Praktika vergeben.

Notwendige Unterlagen zur Beantragung eines Stipendiums:

Bewerbungsfragebogen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ausführlicher Lebenslauf mit Foto

Schilderung des Forschungsvorhabens mit Gliederung

2 Empfehlungsschreiben.

Alle Stipendien sind über das Büro Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung zu beantragen.

Partnerorganisationen

Parlament (Werchowna Rada)

Die traditionell gute Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Parlament erfolgt über die Parlamentsverwaltung. Die Verwaltung legt Vorschläge von Ausschüssen zur Durchführung gemeinsamer Maßnahmen und zur Beratung aktueller Gesetzinitiativen des Parlaments vor. Gute Kontakte im Parlament bestehen u.a. zur ukrainisch-deutschen Parlamentariergruppe, zum Ausschuß für europäische Integration, Ausschuß für Rechtspolitik, zum Ausschuß für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Korruption und zum Ausschuß für Menschenrechte und nationale Minderheiten.

www.rada.gov.ua

Werkstatt für Gesetzesinitiativen

Diese gemeinnützige, nicht-staatliche Organisation wurde Anfang 2000 auf Initiative junger Assistenten von Parlamentsabgeordneten und der Verwaltung gegründet und arbeitet den Fraktionen und Ausschüssen zu.

Hauptziele des Partners sind: Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung von Gesetzentwürfen, Durchführung von Analysen zu aktuellen Fragen der Gesetzgebung und Monitoring der Parlamentstätigkeit. Ergebnisse werden in der Zeitschrift 'Parlament' veröffentlicht.

www.parlament.org.ua

Ukrainisches Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien (Rasumkow-Zentrum)

Das Ukrainische Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien ist eine nicht-staatliche, gemeinnützige Organisation. Sie wurde gegründet 1994 mit den Zielen, Studien zu aktuellen Fragen der Außen- und Innenpolitik, zur wirtschaftlichen und sozialen Transformation anzufertigen sowie westliches know-how über politisches und sozioökonomisches Management in der Ukraine zu fördern.

www.uceps.com.ua

Nationales Institut für strategische Studien (NISS)

Das Nationale Institut für Strategische Studien ist eine staatliche Institution, die 1992 vom Präsidenten ins Leben gerufen wurde. Aufgabe des Instituts ist es, Strategien für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine sowie für die Formulierung der Innen- und Außenpolitik zu entwickeln. 2002 wurde NISS dem Präsidenten direkt untergeordnet.

Die Forschungsergebnisse des Instituts werden dem Staatspräsidenten in Form von Analysen, Gutachten und Handlungsempfehlungen zur Gestaltung der Innen- und Außenpolitik sowie Lösungsansätzen für nationale und regionale Probleme vorgelegt.

Direktor des NISS ist Prof. Dr. Anatoli Galtschynsky, Berater des Staatspräsidenten.

www.niss.gov.ua

Institut für Journalistik der Kiewer Schewtschenko-Universität

Das Institut für Journalistik der Universität Kiew ist mit 14 Professoren, 49 Dozenten und ca. 1300 Studenten das größte und wichtigste seiner Art in der Ukraine. Unter der Leitung des Direktors Prof. Wolodymyr Risun und des Lehrstuhlinhabers Prof. Walerij Iwanow bemüht es sich um eine professionellere Ausbildung der Journalisten im Gegensatz zu früheren Praktiken, fördert die Medien als vierte Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft sowie die staatliche Identität der Ukraine.

Wählerkomitee der Ukraine

Das Wählerkomitee der Ukraine ist eine nicht-staatliche, gemeinnützige Organisation. Sie wurde 1994 gegründet mit den Zielen, die Rechte der Wähler zu schützen, zur Wähleraufklärung beizutragen, die jüngere Generation zur Beteiligung an den Wahlen zu motivieren, Foren mit Kandidaten zu veranstalten sowie eine umfassende Wahlbeobachtung zu organisieren. Bei der Parlamentswahl 2002 setzte das Wählerkomitee 24.000 Wahlbeobachter ein. Vorsitzender ist der diplomierte Pädagoge Igor Popow.

www.polit.com.ua

Institut für politische Bildung

Das Institut für politische Bildung ist eine nicht-staatliche, gemeinnützige Organisation, die auf Initiative demokratischer Parteien der Mitte – Reformen und Ordnung, Rukh, KUN und Christliche Volksunion - 2001 gegründet wurde. Das Institut hat sich zum Ziel gesetzt, Nachwuchspolitiker dieser Parteien durch gezielte Seminare und Workshops zu aktuellen politischen Themen weiterzubilden und durch gemeinsame Aktionen Impulse zur Bildung einer Volkspartei zu geben. Der Vorstand des Instituts setzt sich aus Vertretern der Gründer-Parteien zusammen, so daß es im engen Kontakt zu den Parteien der Mitte steht. Leiter des Instituts ist dipl. Jurist Andrij Strannikow, internationaler Sekretär der Christlichen Volksunion.

Institut für Reformen

Das Institut für Reformen wurde als nicht-staatlicher Think-Tank für Wirtschaftspolitik auf Initiative des damaligen Vizepremiers für Wirtschaft Viktor Pinsenyk 1997 gegründet. Es analysiert und bereitet Gesetzesvorschläge aus dem Wirtschaftsbereich vor und stellt u.a. auch Parlamentsabgeordneten der Fraktion „Nascha Ukraina,“ wirtschaftliche Fachstudien zur Verfügung. Das Institut ist auch Partner der Stiftung für eine 2002 begonnene Seminarreihe über „Grundlagen und Elemente der Sozialen Marktwirtschaft,“. Das Institut ist ferner durch eine Reihe von Periodika/Bulletins und ein Preisausschreiben für junge Ökonomen hervorgetreten. Direktor des Instituts ist Dr. Oleksandr Olijnyk.

www.ir.org.ua

Institut für euro-atlantische Zusammenarbeit

Gegründet im Mai 2001 als nicht-staatliche, gemeinnützige Organisation, setzt sich das Institut zum Ziel, die Idee der Integration der Ukraine in die Europäische Union und euro-atlantische Strukturen voranzutreiben. Dazu führt das Institut Aufklärungsarbeit u.a. in Form von Rundtischen in allen Regionen der Ukraine durch. Zielgruppen sind dabei regionale Eliten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Gründer und Leiter des Instituts ist der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für europäische Integration und Außenminister a.D. Borys Tarasjuk.

www.ieac.org.ua

Ukrainisches Nationalkomitee für Jugendorganisationen

Das Ukrainische Nationalkomitee für Jugendorganisationen ist ein Dachverband von allukrainischen und regionalen Jugendorganisationen. Es wurde 1992 gegründet und umfaßt derzeit ca. 50 Jugendverbände. Die Ziele von UNKMO sind: Vertretung der Jugendinteressen in Exekutive und Legislative; Vertretung und Koordinierung der Jugendorganisationen auf internationaler Ebene. UNKMO nimmt an der Erarbeitung von Gesetzentwürfen zur Jugendpolitik teil.

www.unkmo.org.ua

Veröffentlichungen

Medienmanagement

publiziert mit Institut für Journalistik, August 2002.

Überarbeitetes Manuskript einer Vorlesungsreihe am Institut für Journalistik der Taras-Schewtschenko-Universität

Auflage: 1000, in deutscher und ukrainischer Sprache

Autor: Werner D'Inka, FAZ, Chef vom Dienst

Bildungsmaßnahmen der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung 2001

Broschüre, Mai 2002

Auflage: 2000, in deutscher und ukrainischer Sprache

Orientierungen für den Wähler 2002

Wählerhandbuch, März 2002

Herausgegeben von der Werkstatt für Gesetzesinitiativen mit Unterstützung der Außenstelle Kiew und der US-Botschaft

Auflage 5000, in ukrainischer Sprache

Politische Parteien in der Demokratie

Nachdruck, November 2001

(Auswahl). Herausgeber: Josef Thesing, Wilhelm Hofmeister, Kiew, 1997.

Auflage 3000, in ukrainischer Sprache

Autor: Josef Thesing, Wilhelm Hofmeister

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Grundsätze, Erfahrungen und neue Aufgaben

April 2000

Auflage 3000, in ukrainischer Sprache.

Autor: Dr. Gerhard Stoltenberg, stv. Vorstandsvorsitzender der KAS

Ethnokulturelle Gemeinschaften der Autonomen Republik Krim

Juni 1999

publiziert zusammen mit dem Interethnischen Rat der Autonomen Republik Krim. Auflage: 3000, in englischer und russischer Sprache

Fraktionen - Parteien im Parlament

April 1999

veröffentlicht in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung. Kiew, April 1999. Auflage 2000, in ukrainischer Sprache.

Autor: Dr. Gerald Kretschmer, Deutscher Bundestag

Religion und Gesellschaft. Faktoren des Wandels

01.09.1998

Ausgewählte Vorträge der Fachtagung 'Religion und Gesellschaft'. Kiew, Mai 1998. Auflage 5000, in ukrainischer Sprache.

Democratic Choice for Ukraine: Political Parties and Election Blocks

01.03.1998

herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung/Kiew und dem Institut für postkommunistische Gesellschaft, finanziert vom TACIS-Programm der Europäischen Union, Kiew 1998. Auflage 80000, in ukrainischer Sprache

Entwurf der Verfassung der Ukraine

01.01.1996

Stand, Probleme, Perspektiven. Herausgegeben vom Ministerkabinett der Ukraine mit finanzieller Unterstützung der Außenstelle Kiew, 1996. Auflage 3000, in ukrainischer Sprache

Eigentumsordnung in der Marktwirtschaft

01.01.1996

Kiew 1996. Auflage 5000, in ukrainischer Sprache.

Autor: Ronald Clapham

Der Unternehmer

01.04.1995

Seine ökonomische Funktion und gesellschaftspolitische Verantwortung. (Serie 'Ordo Socialis').

Kiew, 1995. Auflage 5000, in ukrainischer Sprache.

Autor: Peter H. Werhahn